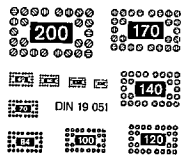

Materialien

Wachsen und Schrumpfen

elektrische Endkontrolle eines Solargenerators

Programmwerkstatt im Erich-Ollenhauer-Haus

SPD

Vorwort

Im Jahre 1982 hat die SPD beschlossen, sich ein neues Grundsatzprogramm zu geben. Grund dafür war, daß das aus dem Jahre 1959 stammende und für die SPD immer noch gültige sogenannte Godesberger Programm für die Probleme, die sich heutiger Politik stellen, keine ausreichende Grundlage mehr bildete. In den vergangenen 30 Jahren sind unvorhergesehene – und ich denke, teilweise auch unvorhersehbare – Entwicklungen in unserer Gesellschaft eingetreten, die vollkommen neue Fragen aufgeworfen haben.

War das Godesberger Programm noch von einem ungebrochenen Vertrauen in den technischen Fortschritt geprägt, sollte der Wohlstand für alle Menschen sich durch eine möglichst schnelle Entwicklung der Produktivkräfte vollziehen, zeigten sich schon in den 70er Jahren die Gefahren und Risiken, die in der Technik und den damit vorhandenen Produktionsweisen liegen. Wir wurden uns bewußt: Technik löst nicht nur unsere Probleme, Technik kann auch selbst ein Problem darstellen. Sie kann zur übermäßigen Ausbeutung und Zerstörung unserer Natur führen, sie birgt Gefahren für die Gesundheit der Menschen. Gefahren, die ernst genommen werden müssen, denen wir in unserer Politik Rechnung tragen müssen.

In einem zeitgemäßen Grundsatzprogramm müssen wir dementsprechend Richtlinien für eine ökologisch und sozial verträgliche Technikentwicklung und Produktionsweise aufstellen. Wir müssen Kriterien definieren, die uns dabei helfen, uns für oder gegen eine Technik auszusprechen, für oder gegen eine bestimmte Produktion, für oder gegen bestimmte Konsumgewohnheiten. Kriterien, die sich daran orientieren, daß die Lebensqualität der Menschen verbessert und die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen gesichert wird.

In ihrem ersten Programmentwurf, der 1986 erschienen ist, hat die SPD-Programmkommission versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden. Der Programmentwurf, für den sich inzwischen nach seinem Entstehungsort der Name „Irseer Entwurf" eingebürgert hat, wird seit 2 Jahren innerhalb der Partei, aber auch im Dialog mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen ohne jede Rücksicht auf Parteizugehörigkeit diskutiert. In diesem Zusammenhang fanden im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn eine Reihe von Werkstattgesprächen statt, die sich mit der Erörterung einzelner Kapitel des Irseer Entwurfs befaßten. Am 4. Dezember 1987 wurde auf einer dieser Veranstaltungen das Kapitel VIII. des Irseer Entwurfs „Ökologisch und sozialverantwortliches Wirtschaften" diskutiert.

In der vorliegenden Broschüre sind die wesentlichen Beiträge dieses Werkstattgesprächs enthalten. Ihre Lektüre soll Aufschluß geben über Notwendigkeit und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung unserer Positionen, soll Anregung sein zu weiteren Diskussionen und Hilfestellung bei der Erarbeitung von politischen Lösungen.

Oskar Lafontaine

Archiv der Sozialen Demokratie Bonn

C90-991

Inhalt

Seite

Vorwort 2

Zur Einführung
Die Leitlinien des Irseer Entwurfs 4
Oskar Lafontaine

Das Chemiekonzept der SPD-Bundestagsfraktion 7
Michael Müller, MdB

Disput: Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften 8
Dr. Rainer Grießhammer, Öko-Institut
Prof. Dr. Eberhard Weise, Mitglied des Vorstandes der Bayer AG

Industriepolitik unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten 12

Podiumsdiskussion:
Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik
Dr. Liesel Hartenstein, MdB
Wolf Ulrich Sprenger, Ifo-Institut, Abt.-Leiter der Forschungsgruppe Umweltökonomie
Prof. Dr. Lutz Wicke, Umweltbundesamt

Schlußwort 18
Dr. Erhard Eppler

Zur Einführung

Oskar Lafontaine

Der Fahrplan unserer heutigen Debatte sieht vor, daß wir uns über mittelfristige und langfristige Aspekte einer intelligenten Wirtschaftspolitik auseinandersetzen. 20 Jahre soll das sozialdemokratische Programm in den Grundzügen gelten – angesichts der Dynamik unserer ökonomischen und institutionellen Veränderungen eine Reichweite, die fast einer kleinen Ewigkeit gleichkommt. Keynes sagte einmal über den Sinn von Langzeitprognosen und Langzeitperspektiven in der Ökonomie: „Auf lange Sicht sind wir alle tot." Ein ernsthafter Einwand? Jedenfalls eine Ermahnung, daß Skepsis geboten zu sein scheint.

Als wir Sie zu dieser Veranstaltung einluden, meine Damen und Herren, konnten wir nicht ahnen, daß wir die Weltwirtschaft am Rande einer Krise, in flagranti gewissermaßen, erwischt haben. Ich sage am Rande einer Krise, weil es nach Möglichkeiten zu geben scheint, den drohenden Übergang von einem bescheidenen Wachstum zu einer Rezession zu vermeiden. Es gibt Chancen, aber die politisch Verantwortlichen, die sich auf die Ratschläge der Wirtschaftstheoretiker verlassen, stehen bald ziemlich verlassen da. Der Unübersichtlichkeit und Lethargie der Wirtschaftspolitik ging die Unübersichtlichkeit und Lethargie der Wirtschaftstheorie voraus. Die platonischen Modelltheorien des Monetarismus, Reaganismus, aber auch eine phantasielose Nachfragepolitik stellten den real existierenden Menschen nicht in Rechnung. Der akademische Hang zur reinen Lehre, die Kreuzzugmentalität mancher Politiker führten in die Irre. Manches, was Edzard Reuter kürzlich in der „Zeit" geschrieben hat, scheint mir der zusätzlichen Nachfrage wert, aber in einem liegt er unumstritten richtig: In der Warnung vor den Ismen jeglicher Couleur in der Wirtschaftspolitik.

Wir haben, meine Damen und Herren, jetzt fünf Jahre – glücklicherweise nicht lupenreiner – Angebotspolitik in der Bundesrepublik hinter uns. Der „Spiegel", der schon andere „Skandale" aufspürte, schreibt in seiner jüngsten Ausgabe: „Die Produktionskosten sind gesunken, die Staatsquote ist kleiner, die Preise sind stabil und die Zinsen erträglich niedrig. Die Gewerkschaften haben sich zurückgehalten, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit sind auf Kosten der Löhne kräftig gestiegen. Für 1986 errechnete die Bundesbank ein neues Rekordgewinnjahr. Die Unternehmer haben Geld in der Kasse, in den Rücklagen, im Ausland. Nur die Investitionen hängen nach, und die Arbeitslosigkeit nimmt zu." Soweit das Zitat.

Nun kann man sich darüber streiten, ob die realen Zinsen bisher niedrig genug waren. Die jüngste Entscheidung der Deutschen Bundesbank ist richtig. Wir Sozialdemokraten haben seit langem auf die Notwendigkeit des niedrigeren Realzinses hingewiesen. Aber im großen und ganzen trifft das Bild zu, das der „Spiegel" gezeichnet hat. Wolfram Engels, Ökonomieprofessor und Herausgeber der „Wirtschaftswoche", hat den Sachverhalt kürzlich ähnlich drastisch geschildert. v. Kühnheim, der Vorstandsvorsitzende von BMW, wirft den Wirtschaftspolitikern Lethargie vor. Konjunkturprogramme werden neuerdings wieder entdabuisiert. Theoretiker und Politiker sind darüber irritiert, daß der Investitionsmechanismus, den man bisher unterstellte, nicht greift. Gewinne von gestern sind die Investitionen von heute und die Arbeitsplätze von morgen. Diese instrumentelle Bedeutung der Wirtschaftspolitik war das A und O der Angebotstheoretiker. Aber, das ohnehin schon magere Wachstum sackt in Richtung auf ein Prozent ab.

Der entscheidende Fehler der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist, daß mit der Steuerreform für 1990 das Pulver schon verschossen ist, das zum Gegensteuern benötigt würde. Im übrigen, meine Damen und Herren, schon seit Ende der 70er Jahre diskutieren wir über eine richtige Energiepolitik. Diese Energiepolitik hieß damals weg vom Öl. Und sie setzte auch darauf, daß man dann, wenn der Preis es zuließ, steuerlich Gegenmaßnahmen ergriff, um einen zu starken Verfall der Ölpreise zu korrigieren und über die dann entstehenden Einnahmen etwa die Nachfrageseite zu stützen oder Reserven zu bilden für Zeiten, in denen Nachfrage dringend erforderlich ist. Aber obwohl dies seit 1978 diskutiert wird, ließ man die Preise fallen, steuerte man nicht gegen. Die Bundesrepublik hat, dies hat Auswirkungen, die geringste Besteuerung im Vergleich zu vielen europäischen Ländern, was die Ölpreise angeht. Praktisch, meine Damen und Herren, sitzen wir in einer doppelten Falle: durch eine Verminderung der Steuereinnahmen und einen rezessiven Prozeß der Weltwirtschaft geraten wir in eine dynamische Verschuldung. Uns droht das amerikanische Schicksal der Reagan-Ära, und wir sitzen in einer ideologischen Falle. Die babylonische Gefangenschaft in den Parolen von gestern hat verhindert zu sehen, daß die Amerikaner jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt haben, die Deutschen jahrelang unter ihren Möglichkeiten. Mit dieser Feststellung hat Helmut Schmidt zweifellos recht.

Wir wissen, daß wir eine mögliche Weltwirtschaftskrise der westlichen Industrienationen – die weder die östlichen Wirtschaften noch die Dritte Welt unberührt lassen würde – nicht durch einen gigantischen Kapitalschnitt wie nach 1929 lösen können. Auf was es in der Bundesrepublik ankommt, ist, daß wir den Allokationsprozeß der Ressourcen möglichst intelligent organisieren. In unserer jetzigen Situation heißt dies zum Beispiel, daß wir – und man kann es nicht oft genug sagen – eine deutliche Differenzierung zwischen der Besteuerung entnommener Gewinne und der Besteuerung reinvestierter Gewinne gestalten müssen. Schweden hat damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Anders ausgedrückt, wir müssen, wenn wir über Wachsen und Schrumpfen reden, eine intelligente Motivationslage organisieren.

Damit bin ich beim neuen Grundsatzprogramm der SPD.

Das 8. Kapitel des Entwurfs zum neuen Grundsatzprogramm legt die Ziele und die Wege einer sozialdemokratisch orientierten Wirtschaftspolitik – große Teile könnten auch unter dem Titel Industriepolitik abgehandelt werden – fest.

Wir wollen, so steht dort, eine ökologische Umorientierung und Erneuerung unserer Volkswirtschaft, die von der Produktionsidee und der Produktplanung über den Produktionsprozeß bis hin zum Verbrauch und zur Wiedergewinnung der verbrauchten Stoffe reicht. Diese Neuorientierung, so heißt es, „muß alle wirtschaftlichen Abläufe bestimmen und durchdringen".

Als ich dieses nach einigem Abstand noch einmal las, wurden mir zwei Dinge deutlich, über die ich nachzudenken empfehle.

Erstens, die Art der Produktion, Zahl und Qualität der Produkte, die Organisation der Arbeitsbeziehungen, dies alles ändert sich laufend und manchmal in seinem Gestaltwechsel sehr eruptiv.

Die Reichweite der Veränderungen ist dabei – so Ulrich Beck – häufig umgekehrt proportional zu ihrer demokratischen Legitimation.

Aus Zeitgründen versage ich es mir, etwa über die demokratische Legitimation von Plutonium zu philosophieren. Jetzt kommt die Sozialdemokratie und will, wie es scheint, auf einmal alles anders machen. Übernimmt sich eine Partei dabei nicht? Mehr noch: Versteigt sich die Partei da nicht zu einem Verantwortungsimperialismus, den sie nie und nimmer wird einlösen können? Auf jeden Fall ist zur Vorsicht zu raten.

Zweitens, stimmen unsere Begriffe? Haben wir unsere Terminologie in Ordnung gebracht? Was meinen wir denn, wenn wir von ökologischer Erneuerung sprechen? Denn Erneuerung der Ökologie – dies wäre wiederum fast so etwas wie eine contradiction in adjecto –, in aller Regel meinen wir wohl technologische Erneuerung der Produktion unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte oder arbeitsorganisatorischer Erneuerungen der Produktion unter Berücksichtigung ökologischer und humaner Gesichtspunkte.

Im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm formulieren wir einige Bedingungen, die nach unserer Meinung einer sinnvollen Wirtschaft beim Entwicklungsstand unserer Produktivkräfte – ich sage nicht eine sinnvolle Wirtschaftspolitik, dies wird allzu häufig verwechselt, besonders auch von Sozialdemokraten – dienen soll: Politik soll alles fördern,

- was schwere und monotone Arbeit überflüssig macht
- gesundheitliche Risiken und Unfallgefahren verringert
- ökologische Kreisläufe schont und wiederherstellt
- die Belastung von Mensch und Natur mit Schadstoffen einschränkt
- Boden und Landschaft natürlicher Nutzung erhält oder zurückgibt
- den Energie- und den Rohstoffverbrauch mindert
- Abfall vermeidet oder auch auf Wiederverwendung ausgeht
- keine freiheitsgefährdenden Sicherheitsmaßnahmen erfordert
- die Gleichheit der Lebenschancen aller Bürgerinnen und Bürger fördert
- den Bedürfnissen der armen Völker entgegenkommt.

Und ich füge hinzu: Qualitativ gute und sinnvolle Güter in ausreichender Zahl für die bei uns lebenden Bürgerinnen und Bürger bereitstellt.

Denn, meine Damen und Herren, es gibt viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, bei denen immer noch die Mehrung ihrer Güter nicht dem sogenannten Konsumterror Vorschub leistet, sondern ein ganz konkretes Stück Lebensqualität bedeutet. Die Förderung des Wachstums, so fassen wir im Entwurf zusammen, soll so sein, daß Zukunftschancen eröffnet werden und die Lebensqualität gesteigert wird. Dies, so sagen wir, sei Aufgabe der Politik und damit korrespondierend. Ebenso muß politisch solches Wachstum verhindert werden, das Zukunftschancen einengt und Lebensqualität mindert.

Leider habe ich den Verdacht, daß die Abstraktheit dieser Orientierungsmarken, jedenfalls bei einer Mehrzahl der Gebildeten, zum Kopfnicken wird. Und dies ist mir verdächtig. Wenn alle Gebildete denken, wird gemeinhin nicht viel gedacht. Das war Gustav Heinemann.

Wenn wir Schumpeter folgen, dann glaubt dieser, daß der marktwirtschaftliche Mechanismus zwar kein Ideal, aber ein vernünftiges Selektionsverfahren ist mit der Dynamik, manche Wirtschaftsbereiche anwachsen zu lassen und andere zu vernichten. Marktwirtschaft führt also nach Schumpeter zu Wachsen und Schrumpfen.

In der Tat scheint mir dieses Bild etwas ausgeliehen zu sein von der Evolutionstheorie von Darwin, die sich in der einfachen, aber nicht trivialen Einsicht verdichtet, daß diejenigen Lebewesen überleben, die die größeren Lebenschancen erworben haben. Nun war Schumpeter sicherlich kein Sozial-Darwinist. Bevor ich auf diesen Marktmechanismus näher eingehe, möchte ich kurz über die Frage sprechen, inwieweit Wachstum das Ziel der Wirtschaft bzw. das Ziel der Wirtschaftspolitik vernünftigerweise überhaupt sein kann.

Gemeinhin sprechen wir ja von Wachstum im Sinne des Zuwachses des Bruttosozialproduktes in einer Produktionsperiode. Das heißt, in dieser Sicht ist Wachstum eine Meßgröße, die die Wirtschaftsstatistiker mit gehörigem Nachlauf zum Ende einer Produktionsperiode messen können. Gesamtwirtschaftliches Wachstum als Ziel der wirtschaftlich Handelnden ist in einem verkehrswirtschaftlichen System eine bloße Fiktion. Darauf hat der Ökonom Werner Sombart zu Beginn unseres Jahrhunderts bereits hingewiesen. Als Ziel, als Telos, kann gesamtwirtschaftliches Wachstum nur für eine Planwirtschaft sinnvoll definiert werden. Gesamtwirtschaftliches Wachstum ist das mögliche Ergebnis von Intentionen, die auf betriebliches Wachstum oder schlicht auf Gewinn ausgewiesen sind.

Geläufiger hingegen scheint uns die Rede von einer Wachstumspolitik zu sein – was das auch immer heißen mag. Tatsächlich kann auch Politik Wachstum nicht unmittelbar bewirken, auch nicht die Umkehrung.

Wenn Sie mir einen einfachen Vergleich erlauben, ein Bild, eine Metapher: Wasser kann man nicht unmittelbar auf offener Flamme erhitzen. Man braucht dazu ein Gefäß. Ich sehe jetzt einmal von dem Sonderfall ab, wo der Staat selbst als Produzent auftritt. In allen anderen Fällen muß er, der Staat, dieses Gefäß suchen, finden, konstruieren. Bezogen auf ein marktwirtschaftliches System, kann Wachstum nie unmittelbares Ergebnis von staatlichem Handeln sein, sondern allenfalls mittelbares Ergebnis staatlichen Handelns. Nur in dem speziellen – aber volkswirtschaftlich relevanten – Fall, daß die Regierung, z. B. im Verbund mit den Gemeinden, ein eigenes Investitionsprogramm in Gang setzt, oder z. B. durch Initiativen der Post, kann ein Zuwachs in einem Teilsektor gleichsam unmittelbar bewirkt werden.

Da es aber in aller Regel um monetäre Prozesse geht, heißt Zuwachs in dem einen Sektor auch immer verminderter Zuwachs oder Defizit in einem anderen Sektor.

Erlauben Sie mir hier eine kurze Anmerkung zu Edzard Reuter. Er wendet sich heftig gegen die Rede vom „qualitativen Wachstum" mit dem methodisch stimmigen Argument, daß man sinnvollerweise nur von Wachstumsraten sprechen könne und dieser mathematische Ausdruck ganz bewußt nur auf homogene Größen, d. h. auf solche, die sich nicht qualitativ unterscheiden, abzielt.

Gegen Ende seines Artikels führt er dann aber eine ganze Reihe von Maßnahmen an, die mit Zielen verbunden sind, bei denen mir ohne weiteres die Formulierung einfiel, dies würde die Lebensqualität der betreffenden Region verbessern. Ich glaube also, daß es sich hier nur um einen terminologischen Streit handelt, nicht um einen Streit um die Sache selber.

Im Zusammenhang mit einer Wachstumspolitik des Staates, so scheint mir, kommt es zunächst darauf an, daß der reale Preis von Gütern, welcher Natur sie auch immer seien, als Informationssystem einen rationalen Entscheidungsprozeß des Marktsystems gewährleistet. Das heißt, wir müssen die Effizienz des Marktmechanismus wesentlich verbessern, um die Dynamik richtig zu gestalten. Ich möchte das an zwei Beispielen erläutern. Erstens: Die Kernenergie hatte nach meiner Überzeugung nur deshalb ökonomisch eine Chance, weil sie zu irrealen Preisen mit anderen Energieträgern konkurrierte. Angefangen

mit den haushohen Forschungsaufwendungen über die Sicherheitseinrichtungen und – dies muß auch erwähnt werden – die Durchführung von Polizeieinsätzen bei nur bedingter Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger bis zur Entsorgung, die finanziell sowie sachlich nicht geklärt ist, und zur Endlagerung gibt es keine reale Preisbildung für den Strom aus Kernenergie.

Das zweite Beispiel. Kaum jemandem in diesem Lande war ersichtlich klar, was es bedeutete, daß wir die Spurbreiten unserer Autobahnen auf ein Tempo von 200 km/h ausgelegt haben, ebenso die Kurvenradien usw. Hätte man gewußt, was dies bedeutet, wäre vielleicht immer noch eine Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger dafür gewesen, unser Straßennetz so auszubauen, wie wir es heute haben. Mag sein, aber ohne eine Rückkehr zu realen Preisen, insbesondere bei öffentlichen Gütern – das sind insbesondere Güter, die nicht geteilt und damit nicht in Privateigentum gestellt werden können – sind rationale Entscheidungsprozesse nicht möglich.

Und ich nenne ein drittes: Wir brauchen auch Klarheit in der Gesundheitsökonomie. Wenn wir wissen, daß eine Million DM bei der Forschungstätigkeit für künstliche Herzen mit durchschnittlich einem Tag Lebensverlängerung verbunden ist, eine Million in der Rheumaforschung hingegen mit einem Vielfachen, so müssen wir solche Informationen berücksichtigen.

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Am Ende muß immer die politische Entscheidung stehen, was wir auch machen, aber wir müssen wissen, was wir machen.

Ich habe diese Beispiele mit Absicht aus dem Bereich gezogen, wo der Staat mehr oder weniger als Produzent auftritt: **Qualitatives Wachstum setzt an vielen Stellen eine große Anstrengung voraus, unseren Staat zu modernisieren.**

Ich komme zurück zu dem, was ich vorhin Gefäß genannt habe. Wir müssen die Motivationsketten der an der Wirtschaft Beteiligten auf intelligente Weise anregen. Oder, wenn Sie mir einen Begriff der Kybernetik gestatten: Wir müssen sinnvolle Regelkreise organisieren. Daß der Staat den Wirtschaftsprozeß auf allen Ebenen steuern könne, halte ich für einen Mythos. Man braucht ja heute nur die Zeitungen zu lesen. Ich komme auf mein Beispiel vom Beginn meines Vortrags zurück.

Wir müssen unser Steuersystem so einrichten, daß die Unternehmer etwas unternehmen. Wir können dabei aber nicht so tun, als wären wir eine Nische der Weltwirtschaft. Ich kann hier nicht im Detail ausführen, welche Instrumente zur Verfügung stehen, um eine Dynamik – darum scheint es ja wohl zu gehen – in die richtige Richtung anzulegen. Es scheint mir aber klar zu sein, wir brauchen:

1. Reale Preise auf allen Ebenen, um zu sinnvollen Informationen zu kommen. Alle Altlasten, an denen wir jetzt so schwer zu tragen haben, sind, ökonomisch gesehen, ungeheure Preisverzerrungen.

2. Es kommt darauf an, eine ganze Reihe von Regelkreisen zu organisieren, die zu sinnvollen Synergieeffekten führen.

3. Ich nenne an letzter Stelle: Regierungen müssen klare Rahmenbedingungen nennen, insbesondere im Umweltschutzbereich und dort, wo es sinnvoll ist, Verbote oder Gebote auszusprechen. Auch die Kreativität unserer Ingenieure braucht manchmal einen Anstoß. Ich habe das Jammern einiger Betriebe, die Asbestscheiben für Autobremsen herstellen, noch deutlich im Gehör. Innerhalb von weniger als zehn Jahren wurde diese gefährliche Produktion nahezu friktionslos umgestellt.

An einem Beispiel kann man vielleicht die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Philosophien des Godesberger Programms und des Entwurfs zum neuen Grundsatzprogramm, so wie er sich für mich darstellt, verdeutlichen. Ich halte es für ein Unding, wenn der Gesetzgeber im Rahmen der Umweltpolitik den Katalysator als konkrete Technik vorschreibt. Nach meinem Verständnis hat der Gesetzgeber dafür zu sorgen, daß möglichst strenge Werte festgeschrieben werden. Was die technischen Lösungen anbelangt, so sollen sich unsere Ingenieure die Köpfe zerbrechen. Dies ist, nach meinem Urteil, nicht Aufgabe des Gesetzgebers.

Lassen Sie mich also am Ende meiner Ausführungen zur Ausgangsfrage zurückkehren. Was ist qualitatives Wachstum? Ich habe mich über die Frage hinweggesetzt, welchen moralischen Anteil diese Frage beinhaltet. In der Tat, meine Damen und Herren, bin ich der Meinung, daß an vielen Stellen – und ich behaupte an der Mehrzahl der Stellen – das moralische Problem nicht das eigentliche Problem ist. Ich glaube, daß wir uns auf vielen Feldern, auch wenn das manchmal schwerfällt einzusehen, fast schon auf einen funktionierenden common sense verlassen können.

Die Politik hat es immer mit praktischer Vernunft und deren Defiziten zu tun. Aber das Bewußtsein der Menschen sähe doch anders aus, wenn wir ihnen konkret klarmachen könnten, daß beispielsweise ein Verzicht auf Kernkraft ohne größere Wohlstandsverluste möglich ist. Zwar gäbe es dann immer noch Partikularinteressen, über die man nicht hinweggehen dürfte, aber der common sense würde sich anders, noch stärker verankern. Ich habe vorhin einen unvollständigen Kriterienkatalog dargelegt dessen, was im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm qualitatives Wachstum genannt wird. Wir müssen uns hüten, daß die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck gewinnen, als wollten wir die Vielfalt der Lebensstile, persönliche Individualität – und ja manchmal auch Modetorheiten – eindeichen oder über einen Leisten schlagen.

Für mich ist die Sozialdemokratie die Partei der Freiheit. Sie ist die Partei der intelligenten Lösungen – oder zumindest sollte sie sich darum bemühen –, nicht die Partei des moralischen Zeigefingers, nicht der Lehrmeister oder die Lehrmeisterin einer asketischen Lebensweise. In diesem Sinne bitte ich Sie alle, zu einer Verbesserung des Entwurfs zum neuen Grundsatzprogramm beizutragen.

Das Chemiekonzept der SPD-Bundestagsfraktion

Michael Müller, MdB

Zusammengefaßt:

1. Die Technikentwicklung, auch ihre Entwicklung und Anwendung im Chemiebereich, folgt nicht einer unabhängigen Sachlogik. Ist also nicht eindeutig festgelegt und für immer determiniert. Vielmehr ist Technik ein offener Prozeß, in den unterschiedliche, vor allem wirtschaftliche Interessen, aber auch beispielsweise kulturelle Wertvorstellungen einfließen. Die Entwicklung des Sozialstaats zeigt, daß in der Industriegesellschaft Spielräume zur Gestaltung vorhanden sind. Dieses Prinzip Gestaltung muß konsequent auf die Umweltpolitik, aber auch auf andere gesellschaftliche Politikfelder übertragen werden.

2. Es geht nicht, wie immer wieder fälschlich unterstellt wird, um Technikfeindlichkeit, sondern es geht um die konkrete Fähigkeit in Staat und Gesellschaft, in Wissenschaft und Unternehmen die Entwicklung von Technik nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Kriterien, sondern auch nach ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Zielen zu gestalten. Die Chemieindustrie ist ein Sektor, in dem die Gestaltungswürdigkeit einer hochentwickelten Industriegesellschaft in ihre Gestaltungsfähigkeit umzumünzen ist, um von einer blinden Technikgläubigkeit zu einem vernunftgemäßen Umgang mit Technik zu kommen.

3. Eine gesundheits- und umweltverträgliche Chemiepolitik verlangt in erster Linie nicht mehr staatliche Kontrolle und mehr staatliche Bürokratie, wobei die erheblichen Vollzugsdefizite nicht zu beschönigen sind. Es geht in erster Linie um mehr intelligente Politik, um intelligente Rahmensetzungen, die die wirtschaftliche und technische Entwicklung in Richtung auf die ökologische Erneuerung lenken. Dazu gehören ökologischsteuernde Abgaben sowie ein neues Haftungsrecht. Eine Umkehrung der Beweislast ebenso wie die generelle Umweltverträglichkeitsprüfung, um nur einige Beispiele zu nennen.

4. Für eine hochentwickelte Industriegesellschaft ist der traditionelle Streit um mehr Markt oder mehr Staat unsinnig geworden. Der ideologische Gegensatz von Verstaatlichung auf der einen und Privatisierung auf der anderen Seite ist historisch überholt. Die moderne, komplexe und vielfach verflochtene Industriegesellschaft kann auf einen handlungsfähigen, auf einen demokratischen Staat ebensowenig verzichten wie auf die dezentrale Innovationsfähigkeit. Beides, dezentrale Selbstverantwortung und staatlich garantierte Sicherheiten und Rahmensetzungen, gehören zusammen. Entscheidend dabei ist die Demokratisierung und öffentliche Gestaltungsfähigkeit. Dazu gehört auch die Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft. Dies kann aus unserer Sicht aber kein Verzicht auf eindeutige Rechtssetzungsakte bedeuten, wie dies beispielsweise mit der Regierungspolitik der freiwilligen Vereinbarungen verfolgt wird. Der frühere Bundestagsabgeordnete Hans Dichtgans hat in einer vergleichbaren Frage zu Recht gesagt: Die Festsetzung der Steuersätze darf nicht den Millionären überlassen werden.

5. Die SPD will eine wesentliche Erweiterung der Rechte für Arbeitnehmer und Gewerkschafter in den betrieblichen und regionalen Entscheidungsprozessen. Das Prinzip **Gestaltung** erfordert vor allem den Ausbau einer qualitativen Mitbestimmung. Dabei ist nicht nur die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und auf gesamtwirtschaftlicher Ebene notwendig, sondern ebenso die stärkere Einbeziehung von Umweltverbänden und Wissenschaftlern, die keine betriebsabhängigen Interessen vertreten.

6. Notwendig ist ein neues Fortschrittsverständnis. Der bisherige ständige Zwang zur ökonomischen Reichtumsproduktion ist aus der Geschichte der Industriegesellschaft erklärbar und war in ihrer Entwicklungsgeschichte für die Beseitigung des sozialen Elends unverzichtbar. Er kann heute nicht mehr ausschließlich im Zentrum gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse stehen. Notwendig ist die qualitative Neubestimmung des Fortschritts, sollen nicht die gefährlichen Alternativen dazu – Spaltung oder Selbstblockade der Gesellschaft – weiter Gestalt annehmen. Mit den Konzepten einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Chemiepolitik hat die SPD ein Reformangebot gemacht, einen wichtigen Schritt zur Lösung. Die Diskussion darüber ist ebenso erwünscht wie notwendig.

„Ökologisch und sozialverantwortliches Wirtschaften“

Disput: Dr. Reiner Grießhammer, Ökoinstitut, und Prof. Dr. Eberhard Weise, Verband der chemischen Industrie

Moderation:

Renate Färber-Husemann:

Wie könnte ökologisch- und sozialverantwortliches Wirtschaften im chemischen Bereich in Zukunft aussehen? Was dann wachsen, was schrumpfen?

Prof. Eberhard Weise:

Die Antwort ist sehr einfach: Wachsen müssen die besseren Systeme, die besseren Produkte im Sinne dieser ökologischen und sozialen Verantwortung – und schrumpfen eben die schlechteren. Dieses Wachsen und Schrumpfen ist ja eine Begebenheit, die die Industrie ohnehin tagtäglich erlebt und mit der sie umzugehen gelernt hat. Und nach Sandoz ist noch mehr als vorher auch für uns die Frage: Was müssen wir aktiv tun, um zu weiteren Verbesserungen zu kommen? Und da gibt es sehr viele hausnahe Probleme, die wir lösen müssen. Bei einigen sind wir da auch schon mittendrin: Sie kennen ja sicher unseren Maßnahmenkatalog. Wir sind auch der Überzeugung, daß wir die ersten Schritte sehr schnell getan haben. Was Sandoz betrifft, so ist es leider im Moment so, daß wir so einen Brand nicht ganz ausschließen können. Da wir das nicht können, müssen wir eben ausschließen, daß als Folge eines solchen Brandes ein ökologisches Desaster auftritt. Das bedeutet zum Beispiel, daß Löschwasser aufgefangen werden muß und nicht in den Vorfluter gelangen darf. Aber das ist nur eine der wichtigen Fragen. Etwas anderes ist auch völlig klar: Daß man eine Lagerhalle wie in Sandoz eben nicht zum Lagern von Chemikalien nutzen kann. In unserem Lande existieren diesbezüglich ohnehin schon ganz andere Auflagen. Eine der Konsequenzen für uns war – und das haben wir getan – schnellstens herauszufinden, ob und wo noch Läger sind, die diesen Auflagen nicht entsprechen. Wo wir auf solche Läger stoßen, werden sie entweder schnellstens beseitigt oder den Auflagen angepaßt.

Dr. Reiner Grießhammer:

Das Unglück in Basel hat vor allem gezeigt, wie auch der Normalfall aussieht. Und zwar dadurch, daß der Blick der Öffentlichkeit geschärft wurde und kleinere Unfälle und Störfälle, die sich nach Sandoz ereignet haben, registriert worden sind. Vergleichbares ist ja nach spektakulären Transportunglücken passiert. Große Unglücke wie in Basel sind selbstverständlich und glücklicherweise Ausnahmen. Aber der Normalfall ist der Skandal, und das „normale“ Risiko ist von Interesse. Hier stellt sich die Frage, wie man dieses ermittelt. Die Industrie antwortet hier natürlich sehr ausschnitthaft und produktbezogen. Ich denke, daß es ganz wesentlich ist, dem produktbezogenen Denken das bedürfnisbezogene Denken entgegenzusetzen. Das heißt, wir müssen festlegen, welche Bedürfnisse wir individuell und kollektiv befriedigt haben wollen. Dafür gibt es vier verschiedene Handlungsoptionen: Wir können auf Bedürfnisse verzichten. Wir können problemangepaßte Rahmenbedingungen setzen, die ökologisch sinnvoller sind. Wir können Produkte rationell konstruieren und anwenden, und wir können letztendlich umweltfreundliche Produkte verwenden. Das im einzelnen festzulegen ist eine Aufgabe, aber nicht nur eine Aufgabe der chemischen Industrie.

Renate Färber-Husemann:

Aber was ist das: Eine bessere, eine sanfte Chemie, eine umweltfreundliche?

Prof. Eberhard Weise:

Nun, wir sollten festlegen, welche Produkte verzichtbar sind und welche nicht. Hier liegt das eigentliche Problem. Wir gehen in der chemischen Industrie zunächst einmal davon aus – das will ich mal ganz nüchtern so sagen –, daß wir Produkte erzeugen, die unsere Mitmenschen haben wollen. Ich muß sagen, daß wir dies immer noch als unseren gesellschaftlichen Auftrag ansehen: Dinge herzustellen, die auf der einen Seite notwendig sind und uns unseren Lebensstandard erhalten. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich darüber diskutieren, wo es Übertreibung ist, wo es vielleicht tatsächlich Dinge gibt, die gefährlich sind. Ich will ein Beispiel nennen: Sie haben vorhin die Haushaltsprodukte angeschnitten. Es stellt sich z. B. ganz einfach die Frage: Wollen wir unsere Waschbecken und unsere Duschen mit der Hand sauberschrubben oder wollen wir es uns bequem machen und ein chemisches Mittel benutzen? Ich möchte einmal davon ausgehen, daß hier Meinungen unserer Mitbürger durchaus unterschiedlich sind. So gibt es viele, die sagen „Ich mache das mit der Hand“, und es gibt viele, die ihrer Bequemlichkeit den Vorzug geben. Die chemische Industrie wird auf das reagieren, was die Menschen wollen: Wenn alle sagen, wir brauchen diese Produkte nicht mehr, dann werden sie auch nicht gekauft; also wird die chemische Industrie sie auch nicht herstellen. Oder aber, es gibt eine Mehrheit im Lande, die sagt, wir wollen diese Produkte – aber unter der Voraussetzung, daß sie keine ökologischen Nachteile bieten. Dann müssen es also Produkte sein, die erstens alles das leisten, was sie sollen, z. B. auf hygienische Weise Bakterien, Algen und Kalk beseitigen, anschließend aber, nachdem sie das getan haben, im Abflußrohr keinerlei Veränderungen hervorrufen. Das ist äußerst schwer, so etwas zu machen. Auf der einen Seite steht ein Mittel, das eine bestimmte Wirkung hat und mit dem etwas Bestimmtes erreicht werden soll; auf der anderen Seite wird ein Mittel erwartet, das anschließend, wenn es diese Wirkung getan hat, danach ökologisch harmlos ist und nichts mehr tut. Es wäre ideal, wenn wir das machen könnten, und wir haben viele Forschungen darauf angesetzt, so etwas zu finden. Aber es ist uns eben bisher nicht gelungen, zumindest nicht so, wie es sein müßte. Nach wie vor bleibt aber auch die Möglichkeit zu sagen, wir wollen diese chemischen Produkte nicht mehr, und wir wollen unsere hygienischen Einrichtungen z. B. wieder selbst sauber halten: nur dann muß man es allerdings auch tun.

Dr. Reiner Grießhammer:

Ich würde die Fragen des Nutzens und der Bedürfnisbefriedigung nicht so sehr den Verbrauchern zuschieben. Ich denke, daß da auch die Werbung der Industrie ganz kräftig mithilft. Ich habe immer ein gutes Beispiel im Bereich Haushaltsprodukte parat, indem ich die Zuhörer frage: Was fehlt Ihnen denn noch an neuen Haushaltsprodukten, an wirklich neuen Produkten? Sie können jetzt Herrn Weise ein paar neue Produkte zurufen, die Sie unbedingt brauchen, die es aber jetzt noch nicht gibt. Ich stelle immer fest – so auch jetzt –, daß nie eine Antwort auf diese Frage kommt, und das verführt mich zu der Annahme, daß hier die Industrie ganz massiv dafür **wirbt**, neue Produkte einzusetzen. Aber ich denke, das ist jetzt nicht das zentrale Problem. Herr Weise hat betont, daß chemische Produkte Nutzen und Risiken haben. Wer wollte da etwas dagegen sagen. Es stimmt natürlich. Das Entscheidende aber ist, daß die Industrie nur den Nutzen über den Markt regulieren will, das heißt die Verbraucher über den Nutzen entscheiden lassen will. Wenn wir es dabei lassen wollen, wenn wir den Markt hier akzeptieren wollen, dann müssen wir den Markt auch für das Risiko akzeptieren und eine Markttransparenz des Risikos gewährleisten. Genau das haben wir nicht. Über den Nutzen entscheidet eine breite Gruppe aller Verbraucher; über das Risiko entscheidet eine kleine Gruppe, und schon die Diskussion über das Risiko wird in kleinen Gruppen, ja in Geheimzirkeln geführt.

Prof. Eberhard Weise:

Das ist sicherlich ein schwieriges und sensitives Gebiet, wenn Sie z. B. einmal die Werbung sehen. Ich bin kein Werbefachmann, aber ich habe meine eigene Ansicht dazu; ich nenne diesen Bereich für mich und auch für den Kreis, auf den ich Einfluß habe, die sogenannte „Negativwerbung“. Es ist sicherlich notwendig, und ich glaube sogar, es ist notwendiger als bisher, daß wir unseren Produkten nicht nur einen Stempel aufdrücken, auf dem zu lesen steht, was sie können, wie gut sie sind und was sie uns als Nutzen bringen: Wir müssen auf diesem Wege auch sagen, wofür sie nicht gut sind und wo gewisse Gefahren mit ihrer Anwendung verbunden sind. Es ist andererseits nun nicht einfach zu erwarten, daß ein Verbraucher sich auf Grund einer solchen Information auch wirklich danach richtet – das ist ja nicht nur bei chemischen Produkten so. Wir finden das in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens; nehmen Sie z. B. die Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen. Wir alle wissen, wie unterschiedlich die Einhaltung durch die Autofahrer hier ist. Ich würde sagen, auch die Industrie ist der Auffassung, man sollte in der Werbung mehr auf eine neutrale Information setzen, obwohl ich weiß, daß das sehr schwierig ist. Keiner von uns ist ja gern bereit, gewisse Nachteile seines Tuns sofort als offenkundig darzustellen. Kein Schüler geht in die Schule und sagt: „Herr Lehrer, ich habe diese oder jene Schularbeiten nicht gemacht.“ Auf der anderen Seite ist es wohl eine Notwendigkeit, hier sehr viel mehr zu tun. Nun ist es ja so, daß wir – wie Sie schon richtig sagten – ja nur in kleineren Zirkeln die Nachteile abschätzen können, weil es hier ein fachmännisches Urteil gibt. Wenn also das Nutzenurteil, das ja eigentlich für jeden nötig ist, ein sehr persönliches ist, so ist andererseits die damit verbundene Schadensfrage immer nur in einem umfangreichen und interdisziplinären Fachgespräch zu lösen. Außerdem müssen wir uns darauf verlassen, daß eine Risikodiskussion geführt wird, bevor das Produkt auf den Markt geworfen wird: Das ist ja dann letztendlich der Gehalt des Chemikaliengesetzes. Im Chemikaliengesetz heißt es, daß ein Produkt vorher auf diese möglichen Risiken hin genau zu prüfen ist und daß dann ein fachmännisches Gremium da ist, das hierüber sachgerecht entscheiden kann.

Renate Färber-Husemann:

Herr Grießhammer, reden Sie doch einmal über die Zukunft, die schon begonnen hat. Brauchen wir harpizitresistente Pflanzen, brauchen wir Verbote oder wie gehen wir damit um?

Dr. Reiner Grießhammer:

Damit eröffnen Sie ein ganz neues Feld der Diskussion, das die Industrie natürlich schon längst eröffnet hat, nämlich das des Einsatzes der Gentechnologie in der Industrie. Zur Herstellung von Pharmaka, weitergehend auch zur Züchtung und Patentierung von Pflanzen, Tieren usw. Ich denke, daß dies ein ganz typisches Beispiel ist, wie bei uns die Technologie- und Industriepolitik verläuft. Daß wesentliche Bedingungen in der Produktion schon lange gesetzt werden, bevor überhaupt staatlicherseits nachgedacht wird. Zwar hat sich zögerlich eine Enquêtekommission gebildet und Empfehlungen ausgesprochen, aber auf der anderen Seite werden vom Hessischen Minister schon Probegenehmigungen gegeben für eine Produktion mit gentechnisch verändertem Material, bevor überhaupt das Risiko auch nur annähernd abgeschätzt worden ist. Ich denke, das ist ein typisches Beispiel, daß die Industrie, die chemische Industrie vor allem, selber Maßstäbe setzt. Maßstäbe insofern, als sie schon lange eine Nebenregierung etabliert hat. Eine Nebenregierung, die praktisch hinter den Toren der Chemiewerke die Bedingungen für die Produktion setzt. Und die chemische Industrie hat es vermocht, daß ganz wesentliche Informationen, die eigentlich zur Abschätzung des Risikos notwendig wären, nicht veröffentlicht werden, und sie hat es bewußt verhindert, daß entsprechende Informationen auch öffentlich zugänglich sind, womit sie einen demokratischen Meinungsbildungsprozeß verhindert hat.

Prof. Eberhard Weise:

Das ist ein schwerwiegender Vorwurf. Dazu ist unsere Meinung natürlich völlig anders. Wir wären froh, wenn unsere Möglichkeiten einer, wie wir glauben, notwendigen Information im politischen Prozeß noch wesentlich besser wären. Wir halten unsere Einflußnahme durch Informationen im politischen Raum hinein noch für zu gering. Ich glaube darüber hinaus, daß Sie hier der Politik kein gutes Zeugnis ausstellen, wenn Sie glauben, daß wir da kräftig mitsteuern. Aber Sie müssen das vielleicht aus anderen Gründen so sehen. Wir sind in der Bundesrepublik nicht allein. Wir sind nur ein Teil des ganzen Weltgeschehens. Es gibt doch Untersuchungen genug, die deutlich machen, daß man z. B. in Japan oder in Amerika schon einen wesentlichen Schritt weiter ist, als wir es in der Bundesrepublik sind. Auf der anderen Seite laufen ja auch bei neuen Entwicklungen die Dinge nicht etwa nur über die Industrie. Sie laufen auch über die Universitäten. Dort werden ja mehr oder weniger die ersten Schritte in der Grundlagenforschung getan, so daß Sie nicht sagen können, hier lägen die nötigen Informationen nicht vor. Im Grunde genommen wird doch das ganze Feld schon sehr lange in einer breiten wissenschaftlichen Öffentlichkeit diskutiert. Wir sind sicherlich mit Ihnen der Auffassung, daß man dafür sorgen muß, daß nun nicht wieder neue Altlasten auf uns zukommen, daß wir also aus der Entwicklung lernen müssen und daß wir von vornherein dafür sorgen müssen, daß bestimmte Kontrollmechanismen aufgebaut werden, damit wir Gefährdungen, die wir auf uns zukommen sehen, frühzeitig erkennen und abbauen. Dazu dient z. B. eine Enquêtekommission, die ja auch bestimmte Regeln und Voraussetzungen für den Umgang z. B. mit biologischem Material festgelegt hat. Wir haben uns diesen Empfehlungen nicht nur voll angeschlossen, sondern darüber hinaus auch eigenständige und eigenverantwortliche Prinzipien geschaffen, nach denen wir uns richten werden und richten wollen: Wir glauben, daß damit die Risikofrage aus heutiger Sicht

zunächst einmal so minimiert ist und so behandelt worden ist, wie das derzeit vorstellbar ist. Man kann natürlich den Standpunkt vertreten „Ich spreche ein generelles Verbot für jegliche Beschäftigung mit dieser Materie aus". Das wäre aber eine sehr starke Einschränkung unserer Entwicklungsmöglichkeiten. Man kann sicherlich davon ausgehen, daß es nicht unser Ziel ist und auch nicht unser Ziel sein darf, z. B. insektresistente Pflanzen zu züchten. Das wäre eine Fehlentwicklung, um die es sich hier nicht handeln kann. Aber um ein anderes Beispiel zu nennen: Wenn wir ganz nüchtern sehen, daß wir uns gegen die Problematik der AIDS-Bedrohung ohne eine gentechnologische Untersuchungsmethodik einfach nicht wehren können, dann sind wir hier genau an die Grenze gestoßen, an der wir uns entscheiden müssen, ob wir von vornherein sagen, wir begeben uns völlig dieses Mittels, oder ob wir – was ich als richtiger ansehe – uns lieber damit beschäftigen, durch Kontrollen und ethische Voraussetzungen mit diesen Möglichkeiten richtig umzugehen. Das wäre eigentlich sehr viel besser. Es wäre die Voraussetzung jeder technologischen Innovation – und dazu müßte man die entsprechenden Prinzipien rechtzeitig aufbauen.

Dr. Reiner Grießhammer:

Hier werden zwei wesentliche Punkte angesprochen. Zum einen sollen wir ins Ausland schauen, zum anderen seien die Informationen ja durch Grundlagenforschung schon öffentlich. Werfen wir doch einen ersten Blick ins Ausland. Schauen wir in die USA: Dort gibt es den Freedom of Information Act. Dort haben Umweltorganisationen und Bürger Zugang zu wesentlichen Daten. Ganz nebenbei bemerkt ist die amerikanische Chemieindustrie deswegen nicht in eine wesentliche Krise geraten. Dies wird ja immer für die deutsche chemische Industrie kolportiert, für den Fall, daß sie solche wesentlichen Daten herausgeben würde. Der zweite Punkt: Um was für wesentliche Daten geht es denn? Wir wollen ja nicht das letzte Betriebsgeheimnis ergründen. Das macht die chemische Industrie schon gegenseitig, das brauchen wir also nicht zu tun. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als zentrale Daten, um vernünftig Politik betreiben zu können. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Produktionsmengen. Die Beurteilung, wie umweltverträglich eine Produktion oder ein Produkt ist, ist in der Regel sehr komplex, aber eine ganz zentrale Information dafür ist die Produktionsmenge. Ob es um 10 Tonnen, 10 000 oder um 100 000 Tonnen geht – aber nicht einmal diese Grundinformationen sind erhältlich. Herr Weise und ich waren ja neulich in Tutzingen auf einer Tagung der evangelischen Akademie, und dort wurde von einem Vertreter des Verbands der chemischen Industrie eine Liste von 4 600 Stoffen gezeigt, die eine bestimmte Jahresproduktionsmenge aufweisen. Die Umweltschützer wollten dann gerne wissen, welche 4 600 Stoffe dies denn im einzelnen seien, aber wir haben diese Liste bis heute nicht bekommen. Das ist nur **ein** Beispiel von vielen, daß wir zentrale Informationen nicht bekommen. Darüber hinaus benötigt man viel weitergehende Informationen, die auch die Industrie zum Teil nicht hat und die methodisch sehr schwer zu erlangen sind. Das Ozonproblem ist ein Beispiel dafür. Es gibt andererseits einen Bereich von Daten, die bei genügendem Aufwand zu erlangen sind, und es gibt einen ganz großen Bereich von Daten, die schon vorhanden sind, aber die nicht gesellschaftlich verfügbar sind. Das ist das, was ich vorher auch mit Nebenregierung meinte, daß die Industrie dadurch eine ganz besondere Gestaltungsmacht hat, wenn sie wesentliche Informationen nicht zur Verfügung stellt.

Prof. Eberhard Weise:

Ja, liegen Sie denn hier nicht etwa auf der Linie derer, die sagen, die Nebenregierung, die vielleicht gewünscht wird, bilden die Umweltverbände, die ihrerseits nun die Informationen haben wollen – denn unsere Informationen liegen ja alle vor. Es gibt z. B. keine Anlage, die genehmigt wird, ohne daß die Kapazität vorher festgelegt wird. Alle unsere Kapazitäten liegen vor, auch unser Auslastungsgrad ist bekannt. Alle diese Informationen sind bei den Gewerbeaufsichtsämtern abrufbar. Es ist nun die Frage, warum es denn nicht ausreichen soll, wenn dies über die Behörde und in die in unserem demokratischen Staat zuständigen Institutionen läuft? Unsere Liste mit den 4 600 Stoffen mit Kapazitäten und Produktionsmengen liegt ja auch bei den zuständigen Institutionen vor. Auch die Bundesämter haben die entsprechenden Gremien, die sich damit beschäftigen. Die Frage ist für mich, warum wir nun noch eine Nebenregierung einschalten müssen, nämlich die Regierung der von Ihnen vertretenen Verbände? Es ist ja ohnehin kein Geheimnis, daß ich persönlich z. B. Ihnen immer angeboten habe, wenn Sie uns sachlich kompetente Vertreter benennen, mit denen wir diskutieren können, daß wir Ihnen alle diese Daten auch geben. Das Entscheidende dabei ist, daß mit diesen Daten dann auch richtig umgegangen wird. Dazu braucht man eine gewisse Grundkenntnis der Zusammenhänge, damit durch einseitige Informationen später nicht wieder neue Ängste und Turbulenzen erzeugt werden. Denn das kann ganz und gar nicht im Sinne unserer Zusammenarbeit sein. Hier liegen eigentlich unsere Bedenken. Deshalb sind wir da etwas zurückhaltend, denn im Grunde genommen muß ich Ihnen sagen, daß die meisten Informationen ohnehin verfügbar sind: man muß sie nur richtig aus den Marktinformationen rauslesen. Es macht zwar ein wenig Mühe, das ist mir klar; aber man wird hier sicherlich einen Weg finden, auch den Umweltverbänden ausreichende Informationen zukommen zu lassen.

Renate Färber-Husemann:

Herr Grießhammer, bevor Sie antworten, möchte ich noch zwei Stichworte nachschieben, nämlich die Worte „Haftung" und „Verursacherprinzip".

Dr. Reiner Grießhammer:

Ja, sehr freundlich, Herr Weise, daß Sie denken oder uns so einschätzen, daß wir Umweltorganisationen auch eine Nebenregierung sind, aber ich glaube, so weit ist es noch lange nicht. Was Sie vorhin mit den „Daten" und „den Experten" angesprochen haben, war sehr wesentlich. Es sollen also Daten gegeben werden, „wenn die Leute damit richtig umgehen". Nur was ist das? Ich kann nicht garantieren, daß ich mit den Daten richtig umgehe. Ich will das zwar, aber möglicherweise ist die Industrie der Meinung, daß ich total unsinnig damit umgehen werde. Wenn ich aber die ganzen Störfälle und die Normalimmission, die es gibt, anschaue, dann sage ich, daß die chemische Industrie mit den Daten, die sie jetzt hat, nicht richtig umgeht. Also, wer geht mit den Daten richtig um? Kann es Voraussetzung für eine demokratische und öffentliche Diskussion sein, daß Daten nur dann gegeben werden, wenn man „richtig damit umgeht", das heißt, daß man jemanden voraussetzen würde, der sagt, was „richtig" ist? Es ist also ganz klar, daß die Daten für die Diskussion öffentlich sein müssen, damit jeder mitdiskutieren kann, und die Daten müssen daher mit einem vernünftigen Aufwand erlangbar sein. Ich will hier ein Gegenbeispiel dafür nennen: Die Stiftung Warentest hat vor einiger Zeit eine Untersuchung, eine vergleichende Bewertung von Waschmitteln vorgenommen, und den Großteil von dem Geld, das sie dafür zur Verfügung hatte, hat sie für Analysen von den Waschmitteln aufgebraucht. Der Test selber, bzw. die Bewertung, ging nach unserer Einschätzung etwas in die Hose. Offensichtlich hat das Geld für die eigentliche Bewertung gefehlt. Das meiste Geld ist wirklich verbraucht worden, um die Analysen zu machen. Wieso wurden die Daten nicht von vornherein auf den Tisch gelegt? Das ist für mich eines der wesentlichen Probleme im ganzen Chemiebereich, daß die Datenlage so miserabel ist, daß man vieles gar nicht vernünftig diskutieren kann. Und natürlich, um jetzt Stichworte Haftung und Verursacherprinzip bzw. entsprechende Schädigungen aufzugreifen, ist es ein wesentliches Problem im Umweltbereich und im Chemiebereich, daß die meisten Schäden, die durch Chemikalien hervorgerufen werden, sehr diffus sind, sehr indirekt sind, mit einer großen Zeitverzögerung auftreten und und und. Das heißt, in der Regel wird man keine sehr direkte Zuordnung zwischen Verursachung und Schaden finden. Um so mehr braucht man eine breite Information. Wenn man z. B. weiß, wieviel Perchlorethylen hergestellt wird, wenn man frühzeitig weiß, daß 22 000 Tonnen in chemische Reinigungen gehen und aus chemischen Reinigungen 20 000 Tonnen freigesetzt werden, dann kann man schon frühzeitig wissen, was im Umfeld von chemischen Reinigungen passiert, und kann vorbeugen. Das heißt, je mehr Informationen man hat, um so früher kann man Schäden erkennen bzw. auch in Richtung Haftung schärfer nachhaken.

Renate Färber-Husemann:

Prof. Weise, bitte das Schlußwort von Ihnen. Ich möchte aber noch einen anderen Gedanken aus dem Irseer Entwurf einbeziehen. Was bedeutet für Sie grundsätzlich das Stichwort staatliche Eingriffe, Gebote und Verbote?

Prof. Eberhard Weise:

Also, Herr Lafontaine hat meiner Ansicht nach – wenn ich das mal so interpretieren darf – genau richtig gesagt, der Staat kann an sich nur die Problemlage definieren und sagen, was geregelt werden muß. Er kann aber im Prinzip nicht sagen, wie es geregelt werden soll. Denn dies ist die Frage des technischen Sachverstandes, und da sehe ich jetzt die Problematik eines staatlichen Dirigismus – wenn ich das mal so formulieren darf. Wir bekennen uns voll zu der Forderung in der Diskussion, Rahmenbedingungen zu akzeptieren. Rahmenbedingungen, die wir im Prinzip ja selber entwickeln müssen, denn, meine Damen und Herren, die Industrie arbeitet ja eigentlich mit einem langfristigen Konzept und hat ja selbst das größte Interesse daran, daß dieses Konzept auch aufgeht. Wir sind also selbst daran interessiert, langfristig keine Schäden anzurichten. Die Frage ist allerdings, welches diese Rahmenbedingungen sind und wo die Grenze dessen ist, was wir einhalten müssen. Und hier sind es sicherlich die staatlichen Institutionen, die solche Grenzen vorgeben sollen. Und wir müssen dann dafür sorgen, daß wir sie möglichst schnell einhalten. Wir können aber nicht alles, was zu tun ist – und wir geben offen zu, daß etwas zu tun ist –, von heute auf morgen schaffen. Wir brauchen dazu eine bestimmte Vorgehensweise und eine zeitliche Planung. Unsere Vereinbarungen mit dem Staat dienen in diesem Zusammenhang ja nur dazu, gemeinsam mit dem Staat möglichst schnell festzulegen, wie man einen Zustand, der noch als unbefriedigend angesehen wird, schnellstmöglich verbessern kann. Die Rahmenbedingungen dafür sind sicherlich durch den Staat vorzugeben. Wir haben im übrigen solche Rahmenbedingungen ja schon lange akzeptiert.

Industriepolitik unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten

Podiumsdiskussion

Hermann Rappe, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall

Wir beraten das Programm für die SPD, und ich bin Mitglied dieser Kommission. Selbstverständlich bringe ich in diese Beratungen meine Aspekte als Gewerkschaftsvorsitzender ein. Das heißt, im Mittelpunkt meiner Betrachtungen stehen zwei Punkte; dabei gibt es kurz-, mittel- und langfristig für mich keine Unterschiede. Diese zwei Punkte sind natürlich die Stärkung meiner Partei, ebenso aber auch die Stärke meiner Organisation und damit verbunden die Sicherheit der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.

Ich will zunächst vorausschicken: Für die, die Arbeit haben in der Bundesrepublik, vollzieht sich dies in einer Situation ordnender Tarifverträge und gesicherter Arbeitsplätze; dies kann ich zumindest für den Bereich meiner Organisation und hier im wesentlichen für die chemische Industrie so darstellen. Dabei kommt hinzu, daß wir ein hohes Lohnniveau – im internationalen Vergleich im oberen Drittel angesiedelt – haben; dies ist unbestrittene Tatsache. Und es ist ja auch ein gewerkschaftlicher Erfolg, daß dies so ist; dies darf man hier sicherlich ganz freimütig bekennen. Aber gleichzeitig darf hier der Hinweis auf die hohe Produktivität der Wirtschaft und damit der Arbeitnehmer nicht fehlen, um mögliche Fehlinterpretationen auszuschließen.

Und unter diesen Bedingungen nun geht es um eine ökologische Industriepolitik, die wir voll unterstreichen. Ich will die selbstverständlich genauso wie jeder andere vernünftige Mensch in diesem Lande auch.

Da habe ich zunächst einen Punkt zu bedenken, den ich gern hier in die Diskussion einbringen möchte. Ich glaube, daß die Industrie, nicht nur die chemische Industrie, durch ihr sehr verzweigtes Netz internationaler Aktivitäten und damit vielfältiger Betriebsstandorte natürlich viel leichter mit Produktionen ausweichen kann als dies die Arbeitnehmer, die die Arbeitsplätze hier im Land brauchen, können. Ich bin mir bei allen Fragen der Belastung für die Industrie für Umwelt, Forschung und Technologie darüber im klaren, daß dabei auch der internationale Wettbewerb, die Konkurrenzsituation zu anderen Ländern beachtet werden müssen.

Und damit geht es um die Sicherheit der Arbeit hier im Lande.

Unter diesem Aspekt glaube ich, daß Gesetze und Regelungen für eine umweltorientierte Industriepolitik vom Gesetzgeber gesetzt werden müssen, aber der deutsche Gesetzgeber dies nur in den Stufen entwickeln darf, die international abgestimmt sind. Somit gibt es Grenzen für das, was wir allein machen können, weil dies Bedingungen am Markt und für die Sicherheit der Arbeitsplätze ergibt. Ich bin dafür, daß man der deutschen Industrie immer wieder deutlich macht, daß auf den Weltmärkten in der Zukunft die nationale Industrie am erfolgreichsten sein wird, die am umweltorientiertesten produziert, die am umweltorientiertesten Aggregate anbieten kann und auch die ökologisch verträglichsten Produkte liefert. Aber ich bin überzeugt, daß jede Initiative in der Bundesrepublik den internationalen Aspekt, und hier ganz besonders den europäischen Aspekt, beinhalten muß.

Auf einen weiteren Punkt will ich noch hinweisen. Bei der Entwicklung unseres Modells einer ökologisch ausgerichteten Industriegesellschaft gibt es einen wesentlichen Punkt – Oskar Lafontaine hatte in seinen einleitenden Ausführungen schon einmal darauf hingewiesen –, der ein verbindliches Konzept notwendig macht. Dies ist die Frage des Abfalls, der Deponien, sei es für Sondermüll oder Restmüll.

Ich kann mich nicht darauf einlassen zu sagen, man muß so produzieren, daß kein Abfall entsteht. Hier müssen in Stufen, in Einzelschritten alle Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Abfallproblematik zu lösen. Wobei ich anmerken will, daß der Glaube an eine völlig abfallfreie Produktion wohl eine Schimäre ist. Wenn also dieses Problem nicht gelöst wird, und zwar im gesellschaftlichen Konsens, dann schaffe ich die Industriegesellschaft durch die Hintertür ab. Ich denke also, daß bei allen Betrachtungen über umweltorientierte Industriepolitik, Forschungs- und Technologiepolitik dies eine der allerwichtigsten Fragen ist, die hoffentlich so vernünftig und einvernehmlich wie überhaupt möglich gelöst werden kann.

Noch einen letzten Punkt: Hier war ja heute morgen besonders von der chemischen Industrie die Rede. Ich halte viel von freiwilligen Vereinbarungen der Industrie, vor allem dann, wenn der Gesetzgeber noch nicht genau weiß, wo er ansetzen soll. Der Gesetzgeber ist nun ja auch nicht immer klüger als alle anderen. Die an der Sache Beteiligten wissen das manchmal sogar besser, was wie regelbar ist. Ich meine, daß alle Arbeitgebervereinigungen für ihre jeweiligen Branchen das Instrument freiwilliger Richtlinien, freiwilliger Verpflichtungen und Auflagen für ihre Mitgliedsfirmen in bezug auf umweltorientierte Forschung und Produktion nutzen und dies nicht nur der chemischen Industrie überlassen sollten, die hier ja, auch dies sei erwähnt, mit gutem Beispiel vorangeht.

Ich glaube auch, daß alle Branchen mit ihren zuständigen Gewerkschaften branchenorientierte Abkommen schließen sollten. Die IG Chemie-Papier-Keramik hat ja mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie nicht nur ganz bestimmte Formen von Tarifpolitik entwickelt, Berufsbildungsabkommen mit paritätischer Besetzung vereinbart, sondern eben auch mit Blick auf diesen zukünftig besonderen Schwerpunkt ein Abkommen abgeschlossen, durch das in einer gemeinsamen Einrichtung eine verstärkte und gezielte umweltorientierte Information der Betriebsräte und anderer Fachkräfte erfolgt. Wir werden auch eine gemeinsame Gesellschaft zur Frage der Altstoff-Forschung und -Aufarbeitung verabreden, und wir werden außerdem mit einer wissenschaftlichen Einrichtung in der Bundesrepublik im nächsten Jahr erstmalig eine gemeinsame Tagung zu Chemie und Umwelt durchführen.

Es gibt also sehr zweckmäßige Formen, mit denen man beweisen kann, daß man auch wirklich praktisch vorangeht. Ich glaube, daß die Industrie die notwendige Zeit, aber auch den Druck von uns braucht, um zu einer umweltorientierten Gesellschaft zu kommen. Jedoch alles übers Knie brechen, Arbeit und Sicherheit aufs Spiel setzen, dies halte ich für völlig undenkbar. Insofern heißt meine Prämisse nicht „Schrumpfen", sondern ich trete für Wachstum – in den engen Grenzen, die wir haben – ein, und dies umweltorientiert. Es wäre gut, wenn dies auch das Bild der SPD wäre oder werden könnte. Dann wäre, glaube ich, bei Meinungsbefragungen ihre Kompetenz in Sachen Wirtschaftspolitik besser. Jedenfalls möchte ich die Kompetenz meiner Gewerkschaft in Sachen Wirtschaft, Industriepolitik und ökologische Gestaltung gerne erhalten.

Erhalten will ich auch die Bundesrepublik als Industriestandort. Nun kann ju lange philosophiert werden über Ideen und Utopien. Ich bin überzeugt, daß man Zielvorstellungen haben muß. Es gibt im DGB keine Diskussion über die Zielvorstellung einer umweltorientierten Industriepolitik. Aber es bestehen – dies halte ich für ganz selbstverständlich – zum Beispiel über Schnelligkeit, über Bedingungen oder einige andere Zusammenhänge unterschiedliche Auffassungen. Und diese Punkte muß man und kann man auch ausdiskutieren zur Konkretisierung der einzelnen Schritte auf dem Wege zur Erreichung unserer Zielvorstellungen.

Lassen Sie mich jetzt noch einen anderen Punkt anführen. Ich glaube, daß wir – also der Hauptvorstand der IG Chemie – den Unternehmern gegenüber, mit denen wir zu tun haben, eine gewisse Portion Vertrauen entgegenbringen müssen bei den Verträgen und Vereinbarungen, die wir abschließen. Den Exponenten einer anderen Meinung halte ich entgegen, wenn grundsätzlich mit Mißtrauen oder der Ansicht, alle Unternehmer seien von vornherein Umweltverbrecher, gearbeitet oder eine ganze Branche gleichsam kriminalisiert wird, dann kommt es doch zu keinen sinnvollen, gemeinsamen Lösungen, dann stehen dahinter nur noch polizeistaatliche Kontrollinstrumente.

Ich halte das für unerträglich. Damit kann keine Volkswirtschaft leben, auch eine Volkswirtschaft nicht, die umweltorientiert produzieren will und soll. Deshalb meine ich, daß es zur Bewältigung einer Vielzahl von Problemen den Weg über Vereinbarungen, Abmachungen geben sollte, den die Gewerkschaften mit den Unternehmern beschreiten. Ich halte diesen gewerkschaftlichen Weg für richtig, und ich kann nur alle anderen ermuntern, dies in ihren Bereichen ebenso zu machen.

Eine Bemerkung zur Mitbestimmung. Ich glaube, daß das, was wir in bestimmten Vereinbarungen wollen, ein Stück umweltorientierte Mitbestimmung ist. Die nach 1945 diskutierte Mitbestimmung konnte solche Formen oder solche Bereiche noch gar nicht sehen. Ich glaube auch, daß es einen Konsens über die technologische Entwicklung nur geben kann durch Formen der Mitbestimmung über die sozialen Folgen. Ich will keine Mitbestimmung im technologischen Prozeß, um die Technologie zu verhindern, sondern ich will sie deshalb, um diesen technologischen Prozeß sozial auszugestalten.

Nun eine Bemerkung zu der Frage der Androhung von Investitionsverlagerungen ins Ausland. Ich glaube, wenn man sich die Investitionsquote in der Bundesrepublik ansieht, ist zweifellos erkennbar, daß sie seit Jahren sinkt. Jedenfalls trifft das für die Bereiche zu, die ich besonders im Auge habe, also den Bereich der chemischen Industrie. Die Beine im Ausland sind stark. Ich akzeptiere auch, daß jedes große Unternehmen ein bestimmtes Bein im Ausland haben muß. Aber mir ist doch die Forschungsaktivität der Industrie in der Bundesrepublik zu knapp bemessen. Es muß mehr Geld in die Forschung investiert werden, weil ich überzeugt bin, daß Forschungsaktivitäten in den nächsten 10/20 Jahren natürlich auch mit hier im Lande zur Verfügung stehender Arbeit zusammenhängen, und zwar mit der Art von Arbeit, die es in einem Hochlohnland geben kann; und diese Arbeit gilt es zu sichern.

Im Ausverkauf der Industrie kann ich sowieso kein Glück sehen. Also, wir verkaufen nun schon bei den Werften aus, bei der Kohle sind wir dabei, ebenso beim Stahl, und in der Mineralölwirtschaft ist dies gleichermaßen so.

Wenn bestimmte Auflagen oder Entscheidungen sehr schnell kämen oder kommen sollten, wäre doch die Situation da, hier die Kernenergie abzuschalten, und dann müßten wir den Strom aus Cattenom importieren. Für mich ist das keine Lösung, die Industrie auszuverkaufen, auch nicht aus vordergründiger Umweltliebe. Vielmehr muß es um umweltorientierte Reformentscheidungen gehen. Aber die Industrie muß hier bleiben, sie darf nicht in andere Länder ausweichen. Nur so ist eine Sicherung der Arbeitsplätze erreichbar- und der Hinweis sei gestattet, auch die Sicherheit der Steuereinnahmen, damit alle anderen Aktivitäten im Lande bezahlt werden können.

Nun noch eine abschließende Bemerkung zu der Frage der Chancen einer umweltorientierten Industriepolitik. Ich bin z. B. der Auffassung, daß der VCI – der Verband der Chemischen Industrie – eigentlich die Initiativen der SPD nach umweltorientierten Investitionsentscheidungen der öffentlichen Hände mit vollem Beifall schon seit Jahren hätte unterstützen müssen. Aber zumindest doch jetzt, wo ein quasi Konjunkturprogramm oder Strukturprogramm aufgelegt wurde, auch wenn das meines Erachtens nicht ausreicht, weil es nur geringfügige Zinserleichterungen gewährt und in Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit, mit hohen sozialen Lasten sich daraus kaum umwelt- und arbeitsorientierte Maßnahmen entwickeln lassen.

Die Richtung stimmt, die Schritte sind mir jedoch nicht groß genug, nicht hinreichend durchdacht. Also eigentlich müßte es Beifall von der Industrie geben, denn diese Entscheidungen der öffentlichen Hände, im Bereich Wasser, Luft, Boden, Müll mit einer Form von Investitionszuschüssen Entwicklungen in Gang zu setzen, helfen der Akzeptanz der Industriegesellschaft und damit auch der Industrie, und es sind Dinge, die unbedingt gemacht werden müssen, um den Standort Bundesrepublik als Industriegesellschaft zu erhalten.

Mir scheint, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie vor lauter ideologischen Scheuklappen, sozusagen aus Liebe zur befreundeten Regierung, nicht in der Lage ist, die Problematik des ökonomischen und ökologischen Zusammenhangs zu sehen. Wenn der Bundesverband der Deutschen Industrie so eindeutig und klar für Erhaltung der Industriegesellschaft wäre, dann müßte er längst die programmatischen Ansätze der SPD und der Gewerkschaften für umweltorientierte Investitionen der öffentlichen Hände begrüßt und unterstützt haben.

Dr. Liesel Hartenstein, MdB

Ich möchte mit einer Feststellung beginnen, die eigentlich ein Gemeinplatz ist: Die Bundesrepublik ist ein Industrieland. Wir können weder ohne Chemie noch ohne elektrische Energie leben und auch nicht ohne das Transportmittel Auto. Wenn wir ehrlich sind, wollen wir es auch nicht. Nur, das muß nicht zwangsläufig bedeuten, daß wir z. B. unsere Landschaft durch ein allzu üppig dimensioniertes Straßennetz bis zur Unkenntlichkeit zerschneiden lassen. Es muß auch nicht bedeuten, daß wir z. B. die Verseuchung des Grundwassers durch Nitrate und Pestizide machtlos hinzunehmen hätten. Es muß auch nicht bedeuten, daß die ungereinigten Abgase der Kraftwerke unsere Wälder zerstören und daß die Menschen fortdauernd in Angst vor der nächsten Tschernobyl-Katastrophe leben müssen. Diese Schattenseiten der Indu-

strialisierung und der bisherigen Industriepolitik sind teilweise bedrückende Realität. Deshalb ist es hohe Zeit, einen Kurswechsel vorzunehmen, und zwar einen kräftigen Kurswechsel. Nicht etwa nur allein bei den Umweltschutzinvestitionen, dort auch, vielmehr brauchen wir einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Form unseres Wirtschaftens überhaupt. Wenn ich es recht verstehe, dann ist dies auch die Intention des Irseer Programmentwurfs.

Nun werden Sie mir sagen, in den siebziger Jahren ist ja auch schon Umweltschutz gemacht worden. Das ist richtig. Aber wenn zwischen 1970 und 1980 beispielsweise rund 150 Milliarden DM für Umweltschutz ausgegeben worden sind – davon zwei Drittel übrigens durch die Gemeinden, ein Drittel durch die Wirtschaft –, dann konnte damit zwar eine Verschlechterung der Umweltsituation verhindert werden, aber die Abfallberge sind trotzdem nicht kleiner geworden, sondern größer. Auch die Abwässer sind nicht weniger geworden, sondern mehr. Die Gifte haben sich in immer konzentrierterer Form im Klärschlamm angesammelt. Wir haben daraus gelernt, daß die Verschiebung der Umweltprobleme von einem Medium in das andere kein Rezept ist. Man muß in den Wirtschaftsprozeß selbst ökologische Momente hineintragen, oder, um es noch deutlicher zu sagen, man muß in den Wirtschaftsprozeß selbstregelnd eingreifen. Dafür sind geeignete Instrumente einzusetzen.

Noch ein Wort zur Öko-Industrie, auch um ein mögliches Mißverständnis gleich auszuräumen. Es gab schon 1980 in der Bundesrepublik rund 1 100 Unternehmen mit ca. 450 000 Mitarbeitern, die sich mit Umwelttechnik und Umweltberatung befaßten. Für die Zeit bis 1985 haben 60 % dieser Unternehmen mit beträchtlichen Umsatzsteigerungen gerechnet. Und sie haben auch Recht behalten. Hier liegt also eine „Wachstumsbranche", in der erwünschtes Wachstum stattfindet. Dennoch darf es nicht der Kernpunkt unserer Überlegungen sein, nun einfach neben der konventionellen Industrie eine neue Öko-Industrie aufzubauen, die quasi wieder repariert, was vorher durch die konventionelle Wirtschaft kaputt gegangen ist. Das Ergebnis wäre, daß wir niemals aus dem Reparaturdenken im Umweltschutz herauskämen. Natürlich sind Abgasfilter nötig, natürlich sind Abgaskatalysatoren nötig, moderne Abwasserreinigungstechniken – alles wichtig und unverzichtbar. Die Reparaturperspektive muß aber einen entsprechenden Anteil weitergehen. Wir [illegible] die SPD-Bundestagsfraktion ein „Konzept zur ökologischen Erneuerung der Wirtschaft" genannt hat. Dieses Konzept liegt vor. Wir zielen damit auf eine Wirtschaftsweise, die weniger Rohstoffe verbraucht, weniger Abfälle erzeugt, weniger Energie einsetzt, weniger Schadstoffe in die Umwelt entläßt und damit weniger Gefahren für Mensch und Natur heraufbeschwört. Wenn wir das wollen, meine Damen und Herren, dann sind Strukturreformen unausweichlich. Ich möchte nur zwei Beispiele dafür geben.

Beispiel I, das Verkehrswesen: Sicher ist die Abgasentgiftung der fast 30 Millionen Kraftfahrzeuge, die sich in unserer Bundesrepublik auf den Straßen tummeln, richtig und dringend notwendig. Wenn wir aber eine umweltverträgliche, und ich könnte auch sagen: eine rationale Verkehrspolitik wollen, dann muß z. B. der Güterverkehr zu einem beträchtlichen Teil von der Straße auf die Schienen zurück. Was wir uns heute auf diesem Sektor leisten, ist volkswirtschaftlicher Unsinn, und es ist gleichzeitig eine ungeheuerliche Umweltbelastung. Die Erfahrung zeigt: der Markt schafft das nicht alleine. Nur veränderte politische Rahmenbedingungen können hier einen Kurswechsel bewirken.

Beispiel II, Abfallbeseitigung: Ich rechne zu den Abfällen auch die Abwärme, die Abwässer, z. B. Dünnsäure und anderes mehr. Solange die Kosten der Abfallbeseitigung auf die Allgemeinheit übergewälzt werden können, wird sich am Aufkommen nichts ändern. Die Kosten der Beseitigung müssen teurer werden, und sie müssen in den Produktionsprozeß zurückverlagert werden. Vermeidung und Verwertung dagegen müssen gefördert werden, und langfristig sollten sie sogar billiger werden als die Beseitigung. Dann funktioniert diese Geschichte. Folgerung: nur veränderte politische Rahmenbedingungen können einen politischen Kurswechsel bewirken. Letztes Jahr wurde das Abfallgesetz novelliert. Wir haben eine klare Festlegung, d. h. eine klar festgelegte Rangfolge gefordert. Abfallvermeidung ist Priorität Nummer 1, Abfallverwertung Priorität Nummer 2, und erst am Schluß kommt die Beseitigung der Reststoffe. Was die Mehrheit im Bundestag dagegen gemacht hat, ist ein schwächlicher Kompromiß, der den Namen „Abfallgesetz" nicht verdient.

Neue Instrumente wurden gefordert. Dies ist ein wichtiger Punkt. Eines der wichtigsten neuen Instrumente für eine ökologisch modernisierte Wirtschaft ist für mich die Umweltverträglichkeitsprüfung. Sie wird – oder könnte wenigstens – ein zentrales Instrument der Umweltvorsorge werden. Im übrigen muß sie bis 1. Juli 1988 auch in nationales Recht umgesetzt werden. Die EG-Richtlinie ist schon 1985 verabschiedet worden. Hier müßten erstmalig alle Umweltauswirkungen untersucht und offengelegt werden. Hier muß eine frühzeitige Bürgerbeteiligung stattfinden und eine breite öffentliche Diskussion. Hier müssen erstmalig Alternativen vom Projektträger dargelegt werden, und auch die grenzüberschreitenden Auswirkungen müssen offengelegt werden. Sandoz oder Cattenom – diese Stichworte machen deutlich, wie notwendig eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung ist. Ein zweites mögliches Instrument sind Abgabenlösungen. Da haben wir schon Erfahrungen, mindestens seit dem Abwasserabgabengesetz. Ich nenne jetzt nur Stichworte: Wir haben beispielsweise auch eine Ein-Weg-Abgabe gefordert – die natürlich abgelehnt wurde, obwohl die Abgabe ein marktwirtschaftlich wirkendes Instrument ist, weil sie auf den Preis durchschlägt. Drittes Instrument: Wir brauchen mit Sicherheit ein neues Haftungsrecht. Heute morgen ist schon das Stichwort „Beweislast" gefallen. Wir brauchen deshalb ein neues Haftungsrecht, weil es auf die Dauer unerträglich ist, daß der Geschädigte, der vielleicht durch die Einwirkung ganz heterogener Stoffe erst nach 10 oder 20 Jahren gesundheitliche Schädigungen nachweisen muß, durch welches Produkt von welcher Firma er die Schädigung erlitten hat.

Vierter Punkt: **Steuerrecht**. Mit Steuern kann man steuern. Ich sage das einmal so provozierend. Ich denke, wir brauchen eine ökologische Steuerreform, die grundsätzlich umweltfreundliche Produkte begünstigt, umweltschädliche Produkte belastet, sprich verteuert. Die Bundesregierung tut das Gegenteil. Sie hat soeben beschlossen, daß die Abschreibungen, die bei Umweltinvestitionen nach dem Einkommensteuergesetz § 7 d möglich waren, ab 1991 gestrichen werden. Das ist kontraproduktiv, das bremst den Umbau in Richtung auf eine ökologieverträgliche Wirtschaft.

Ich habe noch nichts gesagt zum Thema **Arbeitsplätze**. Lassen Sie mich wenigstens noch einen Hinweis machen. Hermann Rappe wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß wir schon vor Jahren überzeugt und einstimmig das Programm „Arbeit und Umwelt" vorgeschlagen haben, das nicht zuletzt darauf zielt, durch mehr Umweltschutz mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wir können in der Diskussion noch darauf eingehen. Ich bin mir sicher, daß in der Zukunft weltweit umweltfreundliche Produkte und Produktionsformen vermehrt nachgefragt werden. Wir haben das technische Know-how, aber die Politik muß sagen, wo der Weg langgeht.

Wolf-Ulrich Sprenger,
IFO-Institut, München

Meine Aufgabe als Teilnehmer an dieser Podiumsdiskussion sehe ich darin, in der Diskussionsrunde mehr das Thema zu strukturieren und ein paar Fragen zu stellen. Zunächst einmal, was haben wir unter umweltorientierter Industriepolitik zu verstehen? Eine Industrie, die möglichst wenig Umweltbelastung bei der Produktion erzeugt, oder eine Industrie, die auch gleichzeitig die Umweltprobleme bei der Verwendung, beim Handling, bei der Entsorgung zu berücksichtigen hat? Ich glaube, ich könnte mir Sektoren vorstellen, die für sich betrachtet mit null Emissionen auskommen, die aber sehr starke indirekte Auswirkungen auf die Umwelt haben. Insofern müssen wir von vornherein in unsere Betrachtungsweise über den Industriesektor hinausgehen. Es kann also nicht darum gehen, die Umweltpolitik nunmehr sektorbezogen zu gestalten, sondern wir müssen problemadäquat vorgehen, das heißt im einzelnen problemstoffbezogen, medien- und sektorübergreifend.

Zweitens wäre die Frage zu beantworten, wie eine umweltorientierte Industriepolitik zu begründen wäre. Ich gehe davon aus, daß Herr Wicke als Autor einer Studie über die sogenannten Ökomilliarden hier auch diesem Kreis deutlich machen kann, was eine nicht umweltorientierte Industriepolitik in den letzten fünf oder zehn Jahren an ökonomischen Schäden verursacht hat. – Um Ihnen eine Größenordnung zu vermitteln, was ein nicht umweltorientiertes industriepolitisches Vorgehen bedeutet.

Drittens, wenn wir über die Zielsetzung einer umweltorientierten Industriepolitik einigermaßen Einigkeit erzielen können und auch in der Begründung, dann ist für mich eine Frage: Nach welchen Kriterien messe ich eigentlich den Erfolg in der deutschen Politik? Ich glaube, wenn man auf Seite 21 des Irseer Entwurfs schaut, gibt es eigentlich eine Reihe von Kriterien, über die in der allgemeinen Diskussion keine Uneinigkeit mehr besteht. Insofern dürfte es bezüglich der Frage, was wachsen soll und was schrumpfen soll, grundsätzlich keine Probleme geben. Wo ich allerdings Probleme sehe, ist die Frage, wie wir die einzelnen Kriterien gewichten. Denn wir gehen ja von einer Wirtschaft aus, in der es um knappe Mittel geht und wo es Entscheidungen zu treffen gilt, welche Umweltprobleme wann prioritär anzugehen sind.

Zum Beispiel müssen wir uns darüber klar werden, ob wir zunächst die Probleme in der Altlastensanierung aufgreifen wollen oder in Luftreinhaltung oder im Gewässerschutz. Darüber hinaus stellt sich aber auch noch die Frage der Substitute. Wenn man zum Beispiel ein Industrieprodukt, das sich als besonders umweltgefährdend erwiesen hat, durch ein Substitut ersetzt, stellt sich die Frage, ob wir über die Umweltbelastung dieses Substituts bereits genug wissen. Es besteht sonst die Gefahr, daß der Teufel mit dem Belzebub ausgetrieben wird. Ein weiterer Aspekt bei der Kriteriendiskussion scheint mir, daß es nicht nur darum geht, die richtigen Kriterien auszuwählen und sie richtig zu gewichten, sondern daß wir auch eine entsprechende Informationsbasis dafür haben müssen. Wir brauchen eine Umweltberichterstattung, die uns erlaubt, auf der sektoralen Ebene den Erfolg oder Mißerfolg einer umweltorientierten Industriepolitik beurteilen zu können. Wenn man sich einmal die Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik im Vergleich zu Japan anschaut, stellen wir festt, daß es bei uns eine ganz erhebliche Reihe von Informationsdefiziten gibt. Das gilt selbst für die Strukturberichterstattung der fünf großen Forschungsinstitute. Dort steht zu der Frage der sektoralen Zuordnung von Umweltbelastungen so gut wie gar nichts. Daß ein Immissions- und Emissionskataster fehlt, wurde z. B. deutlich bei der Diskussion über die Novellierung der TA Luft, wo man zunächst einmal die Informationsbasis dafür schaffen mußte, wo in welchem Maße der Staat umweltpolitisch intervenieren soll. Nur wenn man sich auf die Ziel- und Standortbestimmungen einigen kann, läßt sich die Frage beantworten, in welchen Politikbereichen wir aktiv werden müssen, welche Strategie wir dabei fahren müssen und welche Instrumente wir zu benutzen haben. Nach meiner Sicht kann eine sinnvolle umweltorientierte Industriepolitik keine reine Industriepolitik sein, im Sinne einer aktiven Industriestrukturpolitik, indem man durch positive oder negative Anreize das Wachstum oder das Schrumpfen einzelner Branchen beeinflussen will. Ich meine, es kann auch keine reine sektoralorientierte neue Umweltpolitik sein. Die Umweltpolitik richtet sich im Augenblick im wesentlichen nach Schadstoffen. Sie ist rein zufallsmäßig sektoral orientiert. Aber ich denke, es ist falsch, wenn wir den Eindruck erwecken, mit einem peripheren Eingriff in einzelne Sektoren das Umweltproblem lösen zu können. Wir müssen vielmehr eine niveau- und strukturorientierte Umweltpolitik betreiben. Außerdem darf eine umweltorientierte Industriepolitik meines Erachtens nicht nur Industrie- und Umweltpolitik berühren. Sie muß sich auch auf die Bereiche Handel, Verkehr, Landwirtschaft, Energie, Verbraucherpolitik, Forschungs- und Technologiepolitik und Finanzpolitik beziehen.

Es gibt in der Umweltpolitik keine Allheilmittel. Es wird kein reines Auflageninstrumentarium, kein reines Abgabeninstrumentarium geben, es wird nicht nur darauf ankommen, mit freiwilligen Beschränkungen zu arbeiten oder mit Steuervergünstigungen, sondern es ist ein Instrumentenmix wichtig, bei dem wir situations- und problemgemäß eingreifen können. Das heißt, daß wir in einzelnen Bereichen um Auflagen, Gebote und Verbote nicht herumkommen, in anderen Bereichen haben wir vielleicht die Möglichkeit, über rein marktwirtschaftliche Instrumente einzugreifen. Es kommt auch auf die Strategie in der Umweltpolitik an: Wollen wir beispielsweise eine strukturpolitische Umweltpolitik betreiben, indem wir uns von vornherein sagen, bestimmte Produkte und Produktionen wollen wir in unserem Land nicht mehr sehen. Oder vertrauen wir mehr auf einen technologiepolitischen Umweltschutz, wo wir durch Innovation versuchen, die Entsorgungsprobleme in den Griff zu bekommen. Ich glaube, auch dort wird es ein Nebeneinander verschiedener Strategien geben müssen.

Prof. Dr. Lutz Wicke,
Umweltbundesamt, Berlin

Ich bin gerne hierher gekommen, wobei ich normalerweise schräg gegenüber als Mitglied des Bundestagsausschusses der CDU in Bonn tätig bin. Selbstverständlich diskutiere ich auch gern hier in der „Baracke" mit Sozialdemokraten. Unabhängig davon möchte ich aber wirklich sagen, daß Sie mich bitte hier nicht auf eine Meinung des Umweltbundesamtes festlegen, sondern ich sage meine Meinung als Autor und vielleicht auch als kleiner Umweltpolitiker der CDU, aber nicht hier als Vertreter des Umweltbundesamtes. Das kann ich nämlich nicht, weil es keine offizielle Meinung des Umweltbundesamtes zum Programm der SPD gibt.

Ich möchte zunächst zwei kleinere Punkte der Frage oder der Kritik zu ihrem Programm sagen. Sie haben einmal geschrieben, entsorgender und reparierender Umweltschutz ist immer teurer als vorsorgender Umweltschutz. Dies halte ich für ein-

deutig zu apodiktisch. Es kann durchaus sein, daß eine bestimmte umweltfreundliche Beseitigung, nachträgliche Beseitigung kostengünstiger ist als vorsorgender Umweltschutz mit möglicherweise einem außerordentlich großen Aufwand. Zweiter Punkt, der in Ihrem Programm steht: Wirtschaftswachstum kann Arbeitslosigkeit allein nicht beseitigen. Auch diese Aussage ist in dieser apodiktischen Form falsch. Wenn wir ein umweltverträgliches fünf- oder sechsprozentiges Wirtschaftswachstum hätten, würde mit Sicherheit in relativ kurzer Zeit die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland beseitigt werden. Ob wir das so umweltfreundlich hinkriegen könnten und ob wir insbesondere ein fünf- oder sechsprozentiges Wirtschaftswachstum heutzutage erreichen, ist natürlich sehr fraglich. Wirtschaftswachstum heißt zunächst einmal Wachstum des Bruttosozialprodukts, d. h. also eine Geldgröße, und damit ist über die Qualität des Wachstums noch nichts gesagt. Dieses vorausgeschickt.

Wenn man der letzte Diskutant ist, hat man den Vorteil, daß man auch zu ein paar Ausbrüchen der Vorredner noch Stellung nehmen kann. Ich möchte kurz etwas zu Herrn Rappe sagen. Ich bin zwar auch der Meinung, daß man aufpassen muß, daß man durch Umweltschutzauflagen die Industrie nicht vergrault und ins Ausland abwandern läßt. Man muß allerdings auch sagen, daß man nicht nur immer auf abgestimmte Verhaltensweisen mit den europäischen Staaten warten kann. Wir sind nun einmal ein hochindustrialisiertes und ein sehr dicht besiedeltes Land, und da muß man notfalls auch vorangehen, auch ohne daß die anderen mitgehen. Da hilft alles nichts. Andererseits möchte ich Herrn Rappe aber auch ausdrücklich unterstützen: manchmal wird in der Politik wirklich nach dem Motto verfahren, und gerade in der Umweltpolitik, „wasch mir den Pelz ab, mach mich nicht naß". Das ist wirklich schlichter Unsinn, z. B. wenn man Sondermülldeponien mit dem Argument ablehnt, man solle den Sondermüll nicht mehr produzieren. In der Tat braucht die deutsche Chemieindustrie und auch insgesamt die Industrie, die Sondermüll produziert, vernünftige und sichere Ablagerungs- und Beseitigungsmöglichkeiten. Dafür sollte man in allen Bundesländern aber wirklich sehr energisch sorgen.

Ein Punkt zu Frau Hartenstein. Ich bin schon immer der Meinung gewesen, daß Arbeit und Umwelt sich durchaus harmonisieren lassen. Allerdings müssen sie aufpassen. Inzwischen ist das nicht mehr nur ein Markenzeichen der SPD „Arbeit und Umwelt". In Berlin heißt das: „CDU – Chancen durch Umweltschutz."

Mir wird immer gesagt, daß die SPD auch von mir gelernt hat. Ich habe schon 1984 das Programm „Chancen durch Umweltschutz" in Berlin geschrieben. Aber mir geht es einfach jetzt um ein paar prinzipielle Fragen. Mir fehlt in Ihrem Programm, und ich kann mir schon vorstellen, daß die SPD da Schwierigkeiten hat, ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Denn nach meiner Meinung ist die soziale Marktwirtschaft sogar der Schlüssel – oder kann der Schlüssel – zur Lösung der Umweltkrise sein. Genau wie die soziale Marktwirtschaft durch die Aktivierung des Eigeninteresses, des materiellen Eigeninteresses zum Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen hat, kann die soziale Marktwirtschaft, wenn sie ökologisch sinnvoll umgestaltet wird und wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden und wenn insbesondere ökonomische Anreize für umweltpolitisch freundliches Handeln eingebaut werden, der Schlüssel zur Lösung der Umweltkrise werden.

Deswegen will ich jetzt etwas zu den Instrumenten sagen, die mir in diesem Zusammenhang gegenwärtig zumindest aktuell erscheinen. Sie haben vier Instrumente in Ihrem Programm genannt. Einmal **überzeugen und aufklären**, damit die Leute freiwillig mehr tun. Dies ist sicherlich ein richtiger Ansatzpunkt. Er ist auch sehr sympathisch, aber von dem Ansatz sollte man damit wirklich keine Wunderdinge erwarten. Wenn man gesehen hat, wie die Leute alle gesagt haben, sie würden gerne 500,– DM ohne weiteres auf sich nehmen, um einen Katalysator oder sonstiges umweltfreundliches Auto zu kaufen. Und als dann trotz Steuerbegünstigungen nun nicht einmal die 500,– DM erforderlich waren, haben die meisten Leute trotzdem kein Katalysatorauto gekauft, sondern haben andere Autos gekauft. Also von daher ist zwischen der gemeinhin geäußerten Meinung und dem effektiven Verhalten ein ganz großer Schritt, und das ist das bekannte „öffentliche-Gut-Problem" der Umwelt. Ich fahre auch jeden Tag ins Bundesumweltamt mit dem Auto, weil es mit dem öffentlichen Personennahverkehr eineinhalb Stunden länger dauern würde. Von daher verhalte ich mich nach meinem eigenen Kosten-Nutzen-Kalkül, und deswegen wird man mit Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit keine allzu großen Erfolge haben, auch wenn diese Arbeit wichtig ist und wenn man durchaus in vielen Fällen zeigen kann, daß umweltfreundliches Verhalten auch für den einzelnen sinnvoll ist, auch rein ökonomisch oder nutzenbezogen. Dann haben Sie genannt wirtschaftliche Anreize und Zurechnung der Kosten. Dies halte ich für viel zu allgemein. Ich werde nachher zum falsch verstandenen Verursacher-Prinzip noch etwas sagen. Steuern auf umweltschädliche Produkte, das sind offensichtlich Abgaben. Hier kann ich nur sagen, da sollte man auch keine allzu große Hoffnung haben. Es sei denn, man ist in der Lage, das Grundgesetz zu ändern. Denn wie die Umweltabgabesituation inzwischen gelaufen ist, können die Umweltabgaben erst nach äußerst großen und langwierigen Verhandlungen politischer Art – verbunden mit unglaublichen rechtlichen Problemen – einführen. Umweltabgaben sind vom Bundesverfassungsgericht in ein rechtliches Konzept gezwungen worden, so daß Umweltabgaben so ohne weiteres gar nicht eingeführt werden können. Und außerdem – Wolf Sprenger hat auch schon darauf hingewiesen – besteht das Problem der Substitution. Es gab mal die Idee – vor 1983 glaube ich –, eine Kadmiumabgabe zu erheben. Hinterher stellte man mit unseren Fachleuten fest, daß es überhaupt nicht sicher war, ob man dadurch etwas umweltbezogen Positives erreicht. Möglicherweise bekommt man durch die Kadmiumabgabe Substitute, die dann noch gefährlicher sind. Man muß wirklich aufpassen, daß man den Teufel nicht mit dem Belzebub ausreibt.

Ich habe mir die Vorstellungen der SPD zur Chemiepolitik angeschaut. Die Hoffnung, daß man innerhalb von sechs Jahren mit den 90 000 Altstoffen klarkommt, ist so etwas von einer Illusion, daß man nur staunen kann! Das ist eine Jahrhundertaufgabe. In der Zeit kann man vielleicht klarkommen, aber nicht auf die Art und Weise, daß man 90 000 Altstoffe reglementiert. Ich weiß gar nicht, woher man so eine Illusion nehmen kann! Wenn man überhaupt von einer Erbsünde aus der sozialliberalen Zeit im umweltpolitischen Sektor sprechen kann, dann liegt die Erbsünde darin, daß 1972 das Verursacherprinzip eindeutig falsch definiert worden ist. In dem Umweltbrief Nummer 1 zum Verursacherprinzip ist das Verursacherprinzip ausdrücklich als nicht haftungsbegründend, weder öffentlich-rechtlich noch privat-rechtlich haftungsbegründend beurteilt worden. Und dies ist in der Tat in einer sozialen Marktwirtschaft schlicht und ergreifend eine Falschdefinition. In einer sozialen Marktwirtschaft kann jeder – solange die Marktwirtschaft als solche nicht geschädigt wird – in der Tat viel Geld verdienen, von mir aus auch sehr viel, aber er muß in einer sozialen Marktwirtschaft alle Kosten tragen, und dazu gehören natürlich auch Haftungsrisiken. Auch Haftungsrisiken, und zwar meiner Ansicht nach, um den Fall Sandoz anzusprechen, Schäden bis zum letzten Wasserfloh. Das heißt, bis zur Wiederherstellung der Situation vor dem Unfall. Soweit muß geheftet werden. Auf dieser Basis sollte man das Verursacherprinzip jetzt wirklich konsequent anwenden.

Da war – ich muß es zugeben – meine Partei wahrhaftig nun nicht immer der Führer auf dem Umweltsektor. Aber inzwischen mit den 17 Thesen vom Anfang dieses Jahres, mit der Verschärfung der Umwelthaftung und mit der damit verbundenen Einführung einer deutlich verbesserten automatisierten Kontrolle ist sehr viel geschehen. Ich sage ausdrücklich: automatisierten Kontrolle. Die ist unbedingt erforderlich, denn sonst könnten sie von Umwelthaftung reden, aber effektiv nichts durchsetzen. Das heißt, sie brauchten bei einer Verschärfung der Umwelthaftung auch eine wesentlich bessere Kontrolle. Außerdem braucht man – das ist ein ganz wichtiger Punkt – die Einführung einer risikogestaffelten, also einer nach Umweltrisiken gestaffelten Umwelthaftpflichtversicherung. Damit wird es in der Tat interessant, von vornherein die zu hohen Risiken und damit auch zu hohen Versicherungsprämien zu mindern. Ich glaube, daß die obligatorische risikogestaffelte Umwelthaftpflichtversicherung von außerordentlich großer Bedeutung ist. Wenn wir dies nicht haben, werden wir immer einen Kampf zwischen den Umwelthasen und dem Chemieigel haben. Und zwar deshalb, weil immer dann, wenn sie irgendeinen Stoff verboten haben, sie überhaupt nicht wissen, ob dann nicht x andere Altstoffe genommen werden, die möglicherweise viel gefährlicher sind. Sie müssen das Eigeninteresse auch der Chemieindustrie an Vermeidung von Umweltrisiken und an der Verminderung von Umwelthaftungsversicherungspolicen aktivieren! Anders kriegen sie dieses Problem mit den vielen, vielen Altstoffen nicht in den Griff.

In dem letzten Punkt möchte ich Herrn Sprenger noch einmal ausdrücklich unterstützen. Wir brauchen auch eine deutlich bessere **Umweltberichterstattung** in der Bundesrepublik Deutschland. Es muß durchaus möglich sein, so wie das in Japan der Fall ist, daß man die Immissionswerte der verschiedenen Firmen auch veröffentlicht. Dann kann auch die Öffentlichkeit – Herr Minister Töpfer hat das ja bei BASF in Rheinland-Pfalz gemacht – die Öffentlichkeit auch durchaus in lokale Verhandlungen eintreten und dafür sorgen, daß die Werte gesenkt werden. Denn in Japan verliert derjenige Industriebetrieb sein Gesicht, der nicht wirklich dafür sorgt, daß er auf einen möglichst niedrigen Umweltverschmutzungslevel kommt. Und ich glaube, diese Umweltberichterstattung sollte man in der Bundesrepublik Deutschland auch einführen. Auch dies ist nebenbei gesagt ein marktwirtschaftliches Instrument. Zumal der alte Coase dieses Theorem eingeführt hat: Verhandlungen zwischen Umweltschädigern und potentiell Umweltgeschädigten. Ich glaube, wenn wir in die soziale Marktwirtschaft möglichst viele Anreizbedingungen einbauen, so daß es interessant ist, mehr für den Umweltschutz zu tun, dann kann tatsächlich die soziale Marktwirtschaft ein Schlüssel zur Lösung der Umweltkrise sein.

Schlußwort

Erhard Eppler

Wir haben heute über ökologische Erneuerung gesprochen. Wir werden im Februar hier einen Workshop – wie das neuhochdeutsch heißt – haben zum Thema „Zukunft der Arbeit", und wir werden dann sehen, wie eng beides zusammengehört. Vielleicht merken wir manches gar nicht mehr, weil es inzwischen selbstverständlich geworden ist. Aber vor zehn Jahren war das gar nicht selbstverständlich, daß das Thema Arbeit und das Thema Ökologie zusammengehören. Man hat versucht, die SPD auseinanderzudividieren in eine Ökologen- und eine Gewerkschaftspartei. Wer heute genau zugehört hat, der wird gemerkt haben, daß damit endgültig Schluß ist. Denn wenn es so ist, daß die Industrie nicht nur nicht leidet unter Umweltinvestitionen und umweltadäquaten Produkten, sondern darauf angewiesen ist, dann ist jedenfalls diese Form des Auseinanderdividierens zu Ende. Es geht also nicht darum, ob wir ein bißchen mehr Ökonomie oder ein bißchen mehr Ökologie betreiben. Insofern bin ich auch mit Hermann Rappe einig, wenn er es so gemeint hat. Es geht, wie die Überschrift heißt im Kapitel 8 des Irseer Entwurfs, um die ökologisch verantwortliche, verantwortbare Ökonomie. Darum und um sonst nichts anderes geht es.

Ferner muß ich ja feststellen, daß in der Parteidiskussion dieses Kapitel 8 insgesamt wesentlich weniger kritisiert worden ist als etwa das Kapitel 9 „Zukunft der Arbeit" oder als das Kapitel 12 „Kultur" oder das Kapitel 4 „Demokratie in Staat und Gesellschaft". Dies ist deshalb so, weil in dieses Kapitel eine ungeheure Menge an Konsensarbeit in der ersten Kommission hineingesteckt worden ist. Wir sind eben schließlich zu der Formel gekommen, die übrigens auch schon in dem Rappe/Steinkühler-Papier angedeutet war, daß wir nicht von qualitativem Wachstum reden – das Wort kommt im Entwurf nicht vor –, sondern daß wir von ausgewählten Wachstumsfeldern reden, also von der Frage, wo etwas und wohin etwas wachsen soll und was möglicherweise nicht wachsen soll. In diesen beiden Punkten, nämlich der Auswahl von Wachstumsfeldern und der politischen Weichenstellung bei technischen Systemen, gibt es heute in der Partei weithin Konsens. Wir sind über all die falschen Fragestellungen hinweg: „Sind wir nun für oder gegen Wachstum, sind wir für oder gegen die Technik?" Das sind ja alles polemische Fragestellungen, die man uns aufzudrängen versucht, die wir aber hinter uns gelassen haben. Ich glaube, hinter diesen Konsens werden wir nicht wieder zurückgehen. Das kann man wohl jetzt schon sagen.

Es gibt auch schon einen Konsens nicht nur in der Partei, sondern auch in der Diskussion heute, nämlich, daß wir ein Defizit haben im Programmentwurf, wo es darum geht, wie wir denn nun erreichen wollen, daß das wächst, was Zukunftschancen eröffnet und Lebensqualität steigert, und daß nicht wächst oder schrumpft, was Zukunftschancen verbaut oder Lebensqualität mindert. Die Frage nach den Instrumenten ist nach wie vor ein ernster Diskussionsgegenstand. Wir haben im Entwurf übrigens den Versuch gemacht, dieses Thema ins Kapitel 10 zu nehmen. Deshalb ist im Kapitel 8 besonders wenig drin. Aber auch das, was im Kapitel 10 steht, reicht ganz offenkundig nicht aus. Der Konsens dürfte schon so weit gehen, daß wir nicht wollen – ich rede jetzt einmal in den Ausdrücken von Helmut Schmidt –, daß Oberregierungsräte Investitionsentscheidungen treffen. Was wir nicht wollen, das ist die dauernde Detailintervention der Verwaltung. Was wir wollen, sind Rahmenbedingungen für den Markt, die den Markt und die im Markt Tätigen veranlassen, ökologisch verantwortbar zu produzieren. Übrigens ist vom Markt in unserem Entwurf sehr viel die Rede. Von dem, was der Markt kann und von dem, was er nicht kann. Und wenn Sie jetzt selber sagen, Sie denken ja nicht an die soziale Marktwirtschaft, die wir jetzt haben, sondern an eine verbesserte ökologische Marktwirtschaft, dann wird es langsam ein Streit um Begriffe. Ich persönlich glaube, daß der Begriff Marktwirtschaft zu stark ideologisch besetzt ist, daß es nüchterner, sauberer ist, einfach vom Markt zu reden, von dem, was der Markt tun kann und was er nicht tun kann. Wir sind der Meinung, er soll so viel wie irgend möglich tun. Und wir müssen dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen.

Ich glaube, es gibt einen weiteren Konsens, daß, wenn wir über Instrumente reden, es um Politik geht, also um den großen demokratischen Diskurs, die Diskussion über die Frage, wie denn nun die ökologisch verantwortbare Ökonomie aussieht. Das heißt, zuerst geht es um die Bildung eines entsprechenden Bewußtseins in einem großen demokratischen Diskurs. Nebenbei, das ist ja nun nicht mehr nur Theorie. Die SPD – und nicht nur die SPD – hat ja gezeigt, etwa im Bereich der Energiepolitik, und zwar in einem Dutzend Jahre, was ein solcher Diskurs ist, wie er geführt werden kann und zu welchen Ergebnissen er führt. Das ist nicht mehr Theorie, das ist Praxis. Die Frage ist nur, wird dieser Diskurs zu entsprechenden Ergebnissen führen und also weitere Diskurse ermutigen, oder wird dieser Diskurs durch Interessenten so abgewürgt, daß die folgenden Diskurse entmutigt werden. Wer vor zehn Jahren sagte, die Frage, was wachsen soll oder welche Techniken wir anderen vorziehen wollen, ist Sache eines großen demokratischen Diskurses, wurde ja zuerst einmal für verrückt erklärt und für einen Systemveränderer gehalten. Jetzt stelle ich fest, daß wir alle einig sind, daß es einen großen politischen Diskurs braucht, in dem dann auch technische Weichenstellungen entschieden werden müssen. Es ist für mich jedenfalls erfreulich, wie weit wir schon miteinander sind.

Damit bin ich beim nächsten Punkt. Wenn es diese Diskurse geben soll, und zwar nicht nur bei der Energie – wir brauchen einen über Landwirtschaft, wir brauchen einen über Gentechnologien, wir brauchen einen über Chemie, über andere Dinge –, wenn es diese Diskurse geben soll, bedeutet das die Verlagerung von Verantwortung und von Entscheidungsmöglichkeiten aus kleinen Gruppen in die demokratische Öffentlichkeit, und dies bedeutet ein Stück Demokratisierung. Und ich erhoffe mir für den zweiten Entwurf, daß es uns gelingt, diesen Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit unter Wachstumsfeldern und Techniken zu wählen und der Notwendigkeit der Demokratisierung so deutlich zu machen, daß das, was wir Demokratisierung nennen, von daher einen ganz anderen Schub, eine ganz neue Begründung bekommt. Ich bin überzeugt, daß Politik entweder weniger werden wird oder mehr werden wird. Entweder Politik hält sich weiterhin zurück, etwa bei technischer Weichenstellung, und sagt: „Ob wir Atomenergie oder Schnelle Brüter oder was immer brauchen, das sollen die Techniker entscheiden." Dann reduziert sich Politik zum Vollzug der Sachzwänge. Oder aber wir merken dies und versuchen, Politik früher anzusetzen in solchen Diskursen, die dann auch Weichenstellungen vorbereiten, dann wird Politik in der Tat mehr, als sie bisher war. Ob die junge Generation z. B. für die Sozialdemokratie noch Interesse hat, hängt exakt davon ab, ob sie das Gefühl hat, daß da wirklich noch Politik gemacht wird, und dies wiederum hängt davon ab, ob wir die Politik rechtzeitig ansetzen, an der richtigen Stelle und uns nicht selbst in Sachzwänge hineinreiten lassen, auf die wir uns dann nachher hilflos berufen.

Schließlich bedeutet diese Art von Diskurs, daß die Parteien zwar wichtig sind, aber das gar nicht alleine schaffen. Wir brauchen da viel mehr Transmissionsriemen von öffentlichem Bewußtsein hinein in die Politik bis in die Legislative und Exekutive. Da spielen nun die neuen Bewegungen eine ungeheure Rolle. Sie sind unersetzbar, auch die Umweltbewegung, damit das, was an Bewußtsein da ist, transportiert wird. Es hat ja schon Diskussionsbeiträge hier gegeben, die sagten, eigentlich ist die Bevölkerung schon viel weiter als die Politiker. Ich glaube nicht, daß das in allen Punkten stimmt, aber in einigen sicher.

Noch etwas zur Art dieses Diskurses. Es ist auf den freedom of information act aus den Vereinigten Staaten hingewiesen worden, und es ist gesagt worden, wir brauchen hier die totale Öffentlichkeit, ein Höchstmaß an Information. Ich würde es so formulieren: Meinungsfreiheit ist etwas Kostbares, und in der Sowjetunion merkt man jetzt, daß eine moderne Industriegesellschaft ohne ein Mindestmaß an Meinungsfreiheit gar nicht mehr funktionieren kann. Aber was wir jetzt noch zusätzlich brauchen, ist das, was Reinhard Überhorst einmal die Meinungserarbeitungsfreiheit genannt hat. Denn wenn es zu solchen Diskursen kommt, dann darf es nicht so zugehen, wie es etwa 1975 in der Energiediskussion, wo die Experten und die Interessenten identisch waren und ihnen nur die Nichtexperten und Laien gegenüberstanden, zuging. Es muß jeder Gruppe möglich sein – und da sind auch die öffentlichen Hände mit zuständig –, die Chance der Erarbeitung wissenschaftlicher Daten und Überzeugungen zu bekommen. Meinungsfreiheit muß also ergänzt werden durch Meinungserarbeitungsfreiheit.

Im übrigen darf ich hier noch etwas hinzufügen. Wenn immer ich auch heute den Begriff der Akzeptanz höre, bekomme ich eine Gänsehaut. Nicht weil ich Pazist wäre und daher gegen Fremdwörter. Nein, die Denkfigur hinter dem Begriff der Akzeptanz ist doch die: Es gibt einen autonomen wissenschaftlich-technischen Prozeß, der von ein paar Wissenden repräsentiert wird, die etwas erfinden, etwas durchsetzen, sagen, wie es sein muß. Zum Beispiel: „Wir brauchen den Schnellen Brüter, weil sonst die Lichter ausgehen." Und dann muß für das, was sie als wahr erkannt haben und wofür es dann gar keine Alternative mehr gibt, die Akzeptanz hergestellt werden. Das heißt, es muß den Menschen beigebracht werden, erstens, daß es richtig und wichtig ist, zweitens, daß es anders gar nicht geht, daß es keine Alternative gibt, und drittens, daß sie sich damit abzufinden haben. Dieses ist der Hintergrund des Begriffs der Akzeptanz. Deshalb ist dies ein höchst undemokratischer, widerdemokratischer Begriff. Die wirkliche Frage ist, können wir durch Meinungserarbeitungsfreiheit die Diskussion so steuern, daß es wirkliche Alternativen gibt, über die die Menschen diskutieren und dann entscheiden können und nicht, ob es Fakten gibt, die sie früher oder später schlukken müssen. Sonst reduziert sich die Funktion von Politik darauf, den Leuten klarzumachen, daß sie es zu schlucken haben. Früher war es selbstverständlich, daß das die Aufgabe von Politik war: Die Infrastruktur bereitzustellen und die sogenannte Akzeptanz zu vermitteln. Damit muß jetzt Schluß sein.

Wie sieht die Umsetzung aus in faktische Veränderungen, wenn ein solcher Diskurs eine bestimmte Reife erreicht hat? Ich glaube, es ist richtig – darauf hat Prof. Weise schon hingewiesen –, daß es einen direkten Einfluß eines solchen Diskurses auf die Industrie gibt. Es gibt Änderungen in der Industrie, die nicht der Staat oder irgendeine Behörde veranlaßt, sondern die sich aus dem Bewußtseinswandel in der Industrie im Laufe eines solchen Diskurses ergeben haben, manchmal auch durch den Druck der Öffentlichkeit auf die Industrie im Laufe eines solchen Diskurses, und dies völlig unabhängig davon, was Politiker tun. In diesen Zusammenhang würde ich dann auch die freiwilligen Vereinbarungen bringen. Ich glaube, daß die Mitbestimmung von Arbeitsplatz bis zur Gesamtwirtschaft wichtig ist. Aber es ist uns ja heute auch deutlich gemacht worden, daß in manchen Fragen, gerade der Ökologie, es eine Interessenidentität gibt zwischen Unternehmen und Gewerkschaften, daß also die Mitbestimmung zwar für das, was am Arbeitsplatz geschieht – und da geschieht ja auch ökologisch Positives und Negatives –, wichtig ist, aber möglicherweise für die Produkte selbst noch nicht ausreichend.

Das nächste wäre der gesetzliche Rahmen. Wir haben über viele gesetzliche Möglichkeiten gesprochen, von einem neuen Haftungsrecht, von Geboten, Verboten, Normen, Grenzwerten, Umweltverträglichkeitsprüfungen u. ä. Ich glaube, daß der Gesetzgeber in der verschiedensten Weise tätig werden muß. Er wird nach meinen Erfahrungen in dem Maße tätig werden, wie das Bewußtsein der Öffentlichkeit fortgeschritten ist.

Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß es manche, ganz simplen Instrumente gibt. Bei Genehmigungsentscheidungen für bestimmte Niederlassungen für Kraftwerke, für Deponien usw. haben die politischen Instanzen ein ungeheuer wichtiges Instrument in der Hand. Sie müssen es nur bewußt handhaben. Ähnlich ist es bei Haushaltsentscheidungen. Haushaltsentscheidungen etwa in der Verkehrspolitik entscheiden über die Art der Verkehrspolitik. Ob ich das Geld in die Autobahn oder in die Modernisierung der Bundesbahn stecke, das sind reine Haushaltsentscheidungen, die im Haushaltsausschuß und dann im Parlament getroffen werden. Prioritätsentscheidungen, die gar nichts Revolutionäres an sich haben. Wir werden dieses Wochenende merken, daß Haushaltsentscheidungen in Sachen Landwirtschaft entscheidend bis hinein in die Technologie der Landwirtschaft sind.

Ich glaube, daß in der Tat nicht Abgaben in diesem engeren Sinne des Wortes, Umweltabgaben im Sinne der Abwasserabgabe, des Rätsels Lösung sind. Ich bin aber, hier spreche ich allerdings zum erstenmal sehr persönlich, ich bin der Überzeugung, daß wir unser Steuersystem aus ökologischen Gründen – aber nicht nur aus ökologischen Gründen – in der Weise verändern müssen, daß der Schwerpunkt sich verlagert von der direkten Steuer auf gezielte indirekte Steuern. Ich will es konkret sagen: Wenn ich Finanzminister gewesen wäre, hätte ich in dem Augenblick, als die Ölpreise gepurzelt sind, die Forderung gestellt, das Öl um mindestens 30 Pfennig zu verteuern, in welcher Form auch immer, und das wäre nicht auf Verfassungsbedenken gestoßen, denn die Mineralölsteuern sind verfassungsrechtlich völlig unbedenklich. Man hätte daraus sogar eine Finanzmasse für eine deutliche Senkung der Lohnsteuer gewinnen können, und man hätte auf diese Weise natürlich Ökologiepolitik betrieben, denn zur Ökologiepolitik gehört, daß wir Energie als etwas Wertvolleres nehmen, etwas Teureres, Rohstoffe desgleichen, und daß wir möglicherweise im Ausgleich die Lohnnebenkosten, nicht die Lohnkosten, so senken, daß gelegentlich in der Kalkulation eines Betriebs der Arbeitsplatz eines Men-

schen wieder interessanter wird als der Einsatz von Energie.

Insofern glaube ich schon, daß die Frage der Steuern außerordentlich wichtig ist, bis hin zu der Frage eines doppelten Mehrwertsteuersatzes für bestimmte Gifte in der Landwirtschaft. Als Vorsitzender der Steuerreformkommission der Partei 1970/71 erinnere ich mich daran: Wir haben damals vorgeschlagen, eine Verpackungssteuer einzuführen, die all das hereinspielt, was die öffentliche Hand zur Beseitigung dieser Verpackung wieder aufbringen muß – 1971! Ich könnte mir vorstellen, daß man auf solche Gedanken durchaus wieder zurückkommt, wenn ich sehe, welcher Unfug mit Verpackungen – und zwar wachsender Unfug – im Augenblick getrieben wird.

Was wir nicht wollen, noch einmal, sind die Einzeleingriffe der Administration. Was wir wollen, sind Rahmenbedingungen für den Markt, aus denen heraus wirklich Strukturreformen kommen. Ich glaube, daß wir mindestens drei Strukturreformen im Laufe dieses Jahrhunderts noch anpacken müssen. Das erste ist eine Energiestrukturreform. Die ist schon im Gange. Die zweite ist eine Verkehrsstrukturreform, weil nämlich der Verkehrsinfarkt das Normale und die freie Fahrt für freie Bürger die Ausnahme wird. Drittens kommen wir nicht mehr um eine Strukturreform in der Landwirtschaft herum. Die wird sich schon aus finanziellen Gründen nicht verhindern lassen. Wir werden dann einen völlig neuen Reformbegriff bekommen. Reformen Anfang der 70er Jahre sind häufig so mißverstanden worden, als seien sie die Ausgabe von viel Geld zu wohltätigen und gerechten Zwecken. Es war nie so, aber es ist häufig so verstanden worden. Die Reformen, die wir demnächst anpacken müssen – in der Energiepolitik, in der Landwirtschaft, im Verkehrs- oder etwa im Gesundheitswesen –, die verlangen im Endeffekt nicht Geld, die können sogar Geld einsparen, die können sogar Kosten senken. Sie verlangen aber Mut und Macht, sich mit Interessenverbänden anzulegen. Das heißt, es sind Reformen, für die das Allgemeininteresse mobilisiert werden muß, bewußt mobilisiert werden muß gegen Partikularinteressen. Ich könnte Ihnen die Partikularinteressen übrigens in Sachen Landwirtschaftspolitik hier im einzelnen nennen, welche Bündnisse es da gibt und Verfilzungen, gegen die man angehen muß. Aber es ist durchaus möglich, 80 % unserer Bevölkerung zu mobilisieren gegen diese Bündnisse, wenn man eine solche Strukturreform in der Landwirtschaft durchsetzen will und muß.

Im neuen SPD-Grundsatzprogramm muß man nicht nur deutlich machen – und zwar besser als bisher –, wie der Zusammenhang zwischen ausgewähltem Wachstum, ausgewählten Technologien auf der einen Seite und der Demokratisierung auf der anderen Seite beschaffen ist, sondern auch zwischen beidem und dem, was wir an Strukturreformen in den nächsten Jahrzehnten vor uns haben. Sie können die Strukturreformen, die wir in der Energiepolitik schon begonnen haben, auch so formulieren: Der Energieverbrauch soll nicht mehr wachsen, aber alles soll wachsen, was Energie einspart. Das heißt, Sie können von diesem Ansatz her auch die Strukturreformen definieren und begründen. Ich könnte mir vorstellen, daß dann wirklich etwas Ganzes entsteht aus ausgewähltem Wachstum, ausgewählter Technologie, Demokratisierung und Strukturreform. Und das könnte sogar einigermaßen attraktiv werden.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Programmsekretariat, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 3 - 7-88 - A1 - 5 - **Bestell-Nr.** 320 804